

BÜNDNIS DEUTSCHLAND



FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

**Freiheit wählen,
Zukunft gestalten!**

PROGRAMM VON BÜNDNIS DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG

INHALT

MEHR FREIHEIT, WENIGER STAAT -

Freiheit ist der Grundpfeiler unserer Demokratie

Mehr Freiheit	7
Weniger Staat	8
Umfassende Reform des Parteistaates	8
Mehr direkte Demokratie – Ein Neustart für die Bürgerbeteiligung	9
Verbot der staatlichen Finanzierung von NGOs und parteinaher Stiftungen	10
Europäische Union	11
Für Stabilität in der Währungspolitik	12
Freihandel – freier internationaler Wettbewerb	13
Bargeld erhalten / Digitales Zentralbankgeld (CBDC) verhindern	13
Bitcoin als alternatives Zahlungsmittel und Innovationstreiber	14
Meinungsfreiheit und digitale Selbstbestimmung	14
Freie Medien	15
Stärkung der Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaft und Gerichten	16
Transparenter Staatshaushalt	17
Staatsgold zurück nach Deutschland	18
Target 2 Salden – Schulden der EU-Staaten eintreiben	18
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	19
Selbstbestimmungsgesetz	19
Liberales Waffenrecht	20

ZUKUNFT WIRTSCHAFT - Ein neues Wirtschaftswunder ist möglich

Genehmigungsfiktion	22
Verbote schaden der Wirtschaft -keine Umsatzverbote	24
Verfallsdatum	24
Subventionen	24
Digitalisierung: Konsequenter Ausbau der digitalen Infrastruktur	25
Bauwirtschaft schafft Wohnraum	25
Nutzung privater Gelder zum Ausbau der Infrastruktur	26
Luft: Abschaffung der Luftverkehrsteuer	26
Forschung und Bildung: Innovation für die Zukunft	27
Mehrarbeit muss sich lohnen	27
Abschaffung des Mindestlohns	28
Direkter Draht für Wirtschaft und Bürger	29
Arbeitsrecht	29
Fachkräftezuwanderung	29
Reduzierung der Unternehmenssteuern	30
Solidaritätszuschlag komplett streichen	32
Vereinfachte Prüfung der Unternehmen	32
Einkommensteuer senken und Bürger entlasten	33
Umsatzsteuer/ Mehrwertsteuer auf 16%	33
Steuern streichen -Bürokratie entlasten	34
Der große Schritt – Abschaffung aller direkten Steuern	34

BEZAHLBARE ENERGIE - Für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Kritische Betrachtung grüner Energieerzeugung	36
Ein Neuanfang in der Kerntechnik	38
Entlastung schafft Freiheit	39

Für einen fairen und freien Wettbewerb im Energiemarkt	40
Heimische Ressourcen sichern	40
Herausforderungen und Grenzen intelligenter Verbrauchssteuerung	41
Ablehnung des "Green Deal" der EU	41
Erhalt und Schutz unserer Umwelt und Heimat	42
Technische Innovationen für Umweltschutz und Ressourcenschonung	42
Förderung und Stärkung der deutschen Landwirtschaft	43

ILLEGALE MIGRATION STOPPEN -

Grenzen sichern, Sicherheit stärken, Zukunft schützen	44
Trennung von Asyl und Zuwanderung	46
Neugestaltung des Asylrechts	46
Rückkehrpflicht	46
Staatsangehörigkeitsrecht – den deutschen Pass nicht verscherbeln	47
Verstärkung und Verlängerung von Grenzkontrollen	48
Asyl im Einreiseland und Unterbringung in Drittstaaten	48
Umstellung auf Sachleistungen	49
Abschiebung straffälliger Zuwanderer	49
Arbeitsrecht und -pflicht für qualifizierte Migranten	50
Illegale Migration und EU-Grenzschutz	50
Rückführungsverpflichtung an Entwicklungshilfe koppeln	51
Lastenteilung unter EU-Mitgliedstaaten	51

SOZIALES, KULTUR UND FAMILIE – Leistung und Werte

Aufarbeitung Corona-Maßnahmen	52
Robert Koch-Institut (RKI) und Paul-Ehrlich-Institut (PEI)	54
Umfassende Rentenreform	55
Renten-Transparente Finanzierung und Stabilisierung	56
Einführung einer Grundrente	56
Gesundheit der Patienten im Vordergrund: Wohnortnahe Versorgung	56
Ärztinnennotstand und Pflege	57
Kostenerstattung und Mehrkosten für Medikamente	57
Arzneimittelversorgung	58
Würdevolles, selbstbestimmtes Ableben	58
Sprache	59
Förderung des Sports	60
Kirche & Religion	60
Verhältnis zu nicht-christlichen Religionen	61
Familie & Kinder	61
Kinder- und Jugendschutz	62
Schwangerschaftsabbruch	63

SICHERHEITS- UND AUSSENPOLITIK – Grundlage unserer Freiheit

Innere Sicherheit	64
Außenpolitik	66
Diplomatie jetzt	68
Verteidigung	69
Entwicklungshilfe	70

PRÄAMBEL

BD



Nach mehr als 16 Jahren Schwarz-Roter Regierungsverantwortung und über 3 Jahren Ampel-Koalition ist in Deutschland nicht nur Stillstand eingetreten, sondern vieles ist dramatisch schlechter geworden. Die Wirtschaft wandert in zunehmendem Maße ab, die Insolvenzen steigen stark an, die öffentliche Infrastruktur zerfällt, die Belastungen durch Abgaben und Bürokratie nehmen immer weiter zu, unsere demokratischen Freiheitsrechte werden zunehmend eingeschränkt, Bürger fühlen sich auf unseren Straßen nicht mehr sicher. BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt an, um diesen Zustand zu ändern.

Wir etablieren einen neuen Politikstil, der alle politischen Kräfte einbezieht - Brücken statt Brandmauern. Die bestmögliche Lösung muss im Vordergrund stehen.

In einer Zeit des Wandels und der Herausforderungen stehen wir als Partei fest zu unseren Grundwerten: Freiheit, Verantwortung und Wohlstand für alle, für ein Deutschland in Sicherheit und Freiheit, für einen entschlossen handelnden Rechtsstaat für alle Bürger. Wir glauben an die Kraft des Einzelnen und die Bedeutung eines freien Marktes, der Innovation und Unternehmertum fördert. Unsere Vision ist ein Deutschland, in dem jeder Bürger die Möglichkeit hat, Träume zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich ein, für eine Politik, die Bürokratie abbaut, Steuern senkt und die Wirtschaft entfesselt. Wir glauben, dass ein starker Mittelstand das Rückgrat unserer Gesellschaft ist und unterstützen daher kleine und mittlere Unternehmen in ihrem Wachstum. Bildung und Forschung sind die Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft, um Deutschland als Innovationsstandort zu stärken.

Unsere Partei steht für eine Gesellschaft, in der die Rechte und Freiheiten jedes Einzelnen respektiert werden. Wir lehnen jede Form von Diskriminierung ab und setzen uns für Chancengerechtigkeit ein. Gleichzeitig sind wir uns der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen bewusst und streben eine nachhaltige Entwicklung an, die Umwelt und Wirtschaft in Einklang bringt.

Gemeinsam wollen wir ein Deutschland gestalten, das auf den Prinzipien der Freiheit und des Wohlstands basiert. Wir laden alle Bürger ein, sich uns anzuschließen und an der Verwirklichung dieser Vision mitzuwirken.

MEHR FREIHEIT, WENIGER STAAT

**FREIHEIT IST DER GRUNDPFEILER
UNSERER DEMOKRATIE**

BD



Das Selbstverständnis deutscher Politik hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Der einstige Glaube an persönliche Verantwortung und staatliche Nichteinmischung wurde zunehmend durch die Vorstellung ersetzt, dass der Staat als großer Bruder auftritt, der jeden Bürger erziehen möchte, um soziale Gerechtigkeit zu fördern. Diese Entwicklung hat zu immer mehr Regelungen und Kontrollbefugnissen geführt, die die Bürger übermäßig in ihrer Freiheit einschränken.

Aus dem Anspruch, „für die Menschen da zu sein“, wird in der Realität häufig eine Instrumentalisierung der Bürger für ideologische Zwecke. Menschen sind keine Schachfiguren, die von der Politik beliebig verschoben werden können, und Unternehmen sind keine Melkkühe, die beliebig neue Lasten schultern müssen. Unser Staat hat sich im Laufe der Jahre zu einer schweren, trägen und dysfunktionalen Institution entwickelt. Das Dickicht an Vorschriften und Prüforganen ist nicht mehr tragfähig und belastet Bürger, Justiz und Unternehmen. Immer raffinierter werden Bürger in die Abhängigkeit von staatlichen Organen gebracht oder gezwungen.

Es ist daher höchste Zeit, den übergriffigen Staat in seine Schranken zu weisen.

MEHR FREIHEIT

Als ersten Schritt zu mehr Autonomie für Bürger und Unternehmen werden wir alle Gesetze und Verordnungen sichten und auf Abschaffung und Vereinfachung drängen und im besten Fall ersatzlos streichen. Die Verwaltungen werden per Dienstvorschrift angewiesen, für jede neu einzuführende Vorschrift Streichvorschläge für bestehende Regelungen zu unterbreiten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird eine spezielle Task-Force schaffen, deren einzige Aufgabe der Abbau von bürokratischen Hemmnissen ist. Bürger und Unternehmen sollen zudem die Möglichkeit erhalten, übermäßige staatliche Eingriffe direkt zu melden. Nach einer Legislaturperiode wird überprüft, ob diese Task-Force aufgelöst werden kann.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Abbau von behördenübergreifenden Regulierungen. In diesem Zusammenhang wird das „Prinzip der einen Tür“ für Behörden forciert, sodass Bürger und Unternehmen immer mit einem Ansprechpartner in den Behörden zu tun haben, der auch für die behördenübergreifende Koordination und das Ergebnis verantwortlich ist. Prüfgorgane und nicht hoheitliche Aufgaben sollen, wo immer möglich, privatisiert werden.

WENIGER STAAT

Für den Ausgang aus der aktuellen Wirtschaftskrise und die fehlende Handlungsfähigkeit der Politik ist eine Sanierung der Staatsfinanzen zwingend notwendig. Jede einzelne Ausgabe im Bundeshaushalt muss auf den Prüfstand. Was nicht benötigt wird, soll abgebaut oder schrittweise reduziert werden. Seit 2013 sind die Stellen in der Bundesverwaltung um 50% gestiegen, was ein enormes Optimierungspotential bietet.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine langfristige Neuorientierung der Bundesrepublik in eine freie, solidarische und wohlhabende Gesellschaft. Dafür muss der Anteil des Staates an der Wertschöpfung mittelfristig auf höchstens 25% begrenzt werden, was einem Rückgang um mehr als die Hälfte entspricht. Die Ausgaben müssen schrittweise gesenkt und freiwerdende Ressourcen den Bürgern zugutekommen. Das einsetzende Wirtschaftswachstum wird dafür sorgen, dass Deutschland wieder den Anschluss zu Ländern findet, die in den letzten Jahren an uns vorbeigezogen sind.

Die Ausgabenkürzungen werden sich auf Personalabbau in der Bundesverwaltung, Privatisierungen bei nicht hoheitlichen Aufgaben, Streichungen und Zusammenlegungen von Ministerien, Schließungen von Behörden und Abschaffung von Beauftragten, Streichungen von Privilegien im Staatsapparat und vieles mehr konzentrieren. Ministerien, die mehr Geld fordern, müssen Einsparvorschläge an anderer Stelle machen, sodass die Gesamtausgaben nicht steigen.

Die mutwillige oder grob fahrlässige Verschwendung und der Missbrauch von Steuermitteln, gleich auf welcher Ebene des Staatsapparates, soll zu einer Straftat mit persönlicher Haftung werden, die nicht geringer sanktioniert wird als die Hinterziehung von Steuern. Eine der Managerhaftung vergleichbare Politikerhaftung ist erforderlich.

Der Staat wird weniger leisten, dies aber richtig. Das bedeutet, dass gerade die große Mehrheit der Bevölkerung nach der Reform der Sozialversicherungen besser dastehen wird als vorher. Mit Kürzungen zu rechnen haben vor allem diejenigen, die überproportional viel und leistungslos aus dem Solidartopf entnommen haben.

Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. In Zukunft müssen Steuererhöhungen durch einen bundesweiten Volksentscheid bestätigt werden – ein notwendiger Sicherungsmechanismus gegen Populismus.

UMFASSENDE REFORM DES PARTEIENSTAATS

Die Distanz zwischen Bürgern und politischen Parteien hat zugenommen. Viele Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Ursächlich hierfür ist sicherlich die zunehmende Verselbständigung der Parteien durch parteinahe Stiftungen und andere Vorfeldorganisationen, ihre Finanzierung über die Parteienfinanzierung sowie eine zunehmende Anonymität der Abgeordneten über die Listenwahl.

MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Ein Neustart für die Bürgerbeteiligung

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in Deutschland ein. Derzeit sind Volksentscheide nur im Rahmen der Neugliederung des Bundesgebiets (Artikel 29 Absatz 2 GG) und in Artikel 146 GG in Hinblick auf eine neue Verfassung vorgesehen. Art. 20 Abs. 2 GG hält jedoch unmissverständlich fest: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Es ist an der Zeit, diesen Fortschritt auch auf politischer Ebene zu verankern. Eine Verfassungsreform, die den Bürgern mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet, ist notwendig.

In einer Zeit, in der viele politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden, ist es entscheidend, den Bürgern mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres Landes zu geben. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher die Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild für grundlegende politische Entscheidungen, wie Änderungen des Grundgesetzes, die Aufgabe von Souveränitätsrechten, den Beitritt zu internationalen Organisationen, die Erweiterung der EU und die Übernahme von Haftungsverpflichtungen.

Auch bereits verabschiedete Gesetze sollen auf Antrag und nach Mehrheitsbeschluss einem Volksentscheid unterzogen werden können. Gleichzeitig soll wahlberechtigten Staatsbürgern das Recht eingeräumt werden, über eigene Gesetzesinitiativen abzustimmen, wenn diese durch 250.000 verifizierte Unterschriften unterstützt werden.

Das derzeitige Wahlsystem benachteiligt kleinere Parteien, was zu einer eingeschränkten politischen Vielfalt führt. BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für die Einführung einer Bundesliste bei Bundestagswahlen ein, um eine gerechtere Stimmengewichtung zu gewährleisten und die demokratische Vielfalt zu stärken, ohne die Grundsätze der Verhältniswahl zu verletzen. Auch der Wegfall der 5%-Hürde wird gefordert, da diese Hürde undemokratisch ist und den Zugang für kleinere politische Kräfte unnötig erschwert. Eine solche Änderung würde den politischen Wettbewerb stärken und den Zugang zum Parlament für eine breitere Vielfalt von Stimmen ermöglichen.

Die Geschäftsordnung des Bundestags erlaubt es, Regeln für Mindestgrößen von Fraktionen und die Redezeiten der Abgeordneten festzulegen. Auch mit nur 1%-Vertretern aus unterschiedlichsten Parteien könnte der ordnungsgemäße Ablauf der Sitzungen gewähr

leistet werden. BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist davon überzeugt, dass dies ein Zugewinn für die Demokratie und eine Stärkung des politischen Wettbewerbs wäre.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die politische Willensbildung nicht länger von parteipolitischen Interessen dominiert wird. Die Bürger müssen ihr verfassungsgemäßes Mitspracherecht zurückerhalten, um aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden. Mit der Einführung direkter Demokratie und einer faireren Vertretung im Bundestag wird ein Neustart für die Bürgerbeteiligung und eine echte Stärkung der Demokratie in Deutschland erreicht

VERBOT DER STAATLICHEN FINANZIERUNG VON NGOS UND PARTEINÄHER STIFTUNGEN

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sollten, wie ihr Name schon sagt, unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Doch die staatlichen Finanzhilfen, die viele dieser Organisationen erhalten, haben dazu geführt, dass sich zahlreiche NGOs zum genauen Gegenteil entwickelt haben. BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich deshalb für ein Verbot der staatlichen Finanzierung von NGOs ein. Diese Organisationen sollen künftig unabhängig agieren, ohne auf öffentliche Gelder zurückgreifen zu können.

EUROPÄISCHE UNION

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht zur Europäischen Union. Wir stehen für eine Union souveräner europäischer Staaten und lehnen die Errichtung eines Europäischen Zentralstaates entschieden ab. Die EU muss im Sinne des Subsidiaritätsprinzips umfassend reformiert werden. In Politikbereichen, die sinnvoll auf nationaler Ebene behandelt werden können, muss die nationale Ebene die alleinige Kompetenz besitzen. Zentralistische Strukturen führen zu Überregulierung und Regelungseffizienzen.

Die Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen der EU müssen sich beständig in Richtung mehr Transparenz, Effizienz und demokratischer Teilhabe entwickeln. Die bisherige Tendenz zu immer mehr Überregulierung, ineffizienten Regelungen, Mittelverschwendung und Entfremdung von den Bürgern muss gestoppt und zurückgefahren werden.

Die EU-Organe müssen schrittweise reduziert und auf notwendige Kernaufgaben mit echtem Mehrwert konzentriert werden. Bis etwa 2035 sollte die Schließung eines Drittels der Agenturen und Sonderstrukturen möglich sein. Die Zahl der insgesamt 60.000 EU-Bediensetzten ist sichtbar zu kürzen – innerhalb der nächsten EP-Legislaturperiode um etwa 10% und bis 2035 um weitere 30%.

Den gemeinsamen Binnenmarkt der EU wollen wir stärken, ebenso den Schutz der EU-Außengrenzen. Die europäische Außenwirtschafts- und Handelspolitik muss im Einklang mit den Interessen der deutschen Wirtschaft stehen, insbesondere auch im Hinblick auf kleinere und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat unserer Sozialen Marktwirtschaft bilden.

Künftige Erweiterungen der EU müssen die Absorptionsfähigkeit der EU berücksichtigen: Nur wenn die interne Funktionsfähigkeit der EU gesichert ist, dürfen zusätzliche Staaten aufgenommen werden. Alle Kandidatenstaaten müssen vor ihrem Beitritt die EU-Normen überprüfbar erfüllen.

Deutschland muss sich mehr emanzipieren und selbst zu vereinbarten Regeln Ausnahmen beantragen oder im letzten Schritt „nein“ sagen, wenn die Interessen Deutschlands und seiner Bürger dadurch einen massiven Nachteil hätten.

Deutschland muss sich mehr emanzipieren und selbst zu vereinbarten Regeln Ausnahmen beantragen oder im letzten Schritt „nein“ sagen, wenn die Interessen Deutschlands und seiner Bürger dadurch einen massiven Nachteil hätten.

FÜR STABILITÄT IN DER WÄHRUNGSPOLITIK

Wir fordern eine Rückkehr zu einer Währungspolitik, die dem Vorbild der Deutschen Bundesbank folgt, mit dem Ziel der Geldwertstabilität. Sollte dies in der Eurowährungszone nicht umsetzbar sein, setzen wir uns für eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands in der Eurowährungszone ein.

FREIHANDEL

Freier internationaler Wettbewerb

Freier Welthandel ist entscheidend für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Protektionismus, der durch Zölle und Importbeschränkungen höhere Preise und eine reduzierte Auswahl verursacht, führt zu Ineffizienzen und mindert den Wettbewerbsdruck. Dies bremst Innovationen und hindert die Wirtschaft, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für einen freien Welthandel ein.

Ein transatlantischer Wirtschaftsraum als Freihandelszone könnte unsere Exportnation Deutschland weiter stärken. Wir fordern ein Freihandelsabkommen mit Australien sowie einen Neustart der Verhandlungen mit den USA. Durch diese Abkommen werden Märkte geöffnet und neue wirtschaftliche Chancen für deutsche Unternehmen geschaffen.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass Produkte, die nicht den nationalen Gesundheits- und Nahrungsmittelvorschriften entsprechen, vom Freihandel ausgeschlossen sind. Der Schutz heimischer Landwirte ist zu wahren, um faire Wettbewerbsbedingungen und die Nachhaltigkeit der heimischen Landwirtschaft zu sichern

BARGELD ERHALTEN / DIGITALES ZENTRALBANKGELD (CBDC) VERHINDERN

Wir fordern das Recht auf Bargeld, denn Bargeld ist Freiheit. Dies ist nicht nur ein Kampf um finanzielle Sicherheit, sondern auch für die Bewahrung unserer Werte, unserer Privatsphäre und unserer Freiheit. Es geht hier nicht nur um Geld. Es geht um unser Recht, in einer Gesellschaft zu leben, in der wir nicht bei jeder Handlung beobachtet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Freiheit und Privatsphäre zu einer Fußnote in den Geschichtsbüchern werden. Das Recht auf Bargeld ist zu erhalten, und jegliche Bargeldgrenzen werden abgeschafft. Jede Person soll das Recht haben, unbeschränkt in Bargeld zu zahlen, ohne behördliche Einschränkungen. Der Schutz der individuellen Zahlungsfreiheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer freien Gesellschaft.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich dafür ein die Einführung des digitalen Zentralbankgeldes zu verhindern. Programmierbares Geld, mit dem der Einsatz des eigenen Vermögens durch die EZB, oder anderen Stellen, an die es delegiert wurde, eingeschränkt werden kann, ist ein massiver Eingriff in die Freiheit. Jeder Versuch, das eigene, hart erarbeitet Geld in der Nutzung einzuschränken oder dies sogar nach einer bestimmten Zeit als wertlos verfallen zu lassen, darf nicht zugelassen werden.

BITCOIN ALS ALTERNATIVES ZAHLUNGSMITTEL UND INNOVATIONSTREIBER

Bitcoin steht für schnelle, kostengünstige und sichere Transaktionen, bietet Schutz vor Inflation und bleibt unabhängig von staatlicher Kontrolle. Diese Eigenschaften machen Bitcoin zu einem Katalysator für technologische und wirtschaftliche Innovationen. Bitcoin bietet durch

seine dezentrale Struktur und Unabhängigkeit eine attraktive Alternative zu traditionellen Zahlungssystemen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine regulatorische Umgebung, welche die freie Nutzung von Bitcoin ermöglicht.

Ein weiterer Schlüsselbereich ist die Integration von Bitcoin-Mining in das Energienetz. Überschüssige Energie, insbesondere aus erneuerbaren Quellen, kann so effizient genutzt und gleichzeitig das Netz stabilisiert werden. Dies birgt enormes Potenzial für die Optimierung der Energiewirtschaft. Statt überschüssigen Strom ins Ausland zu verschenken oder für die Abnahme zu zahlen, soll er für ertragreiches Mining eingesetzt werden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert zudem eine nationale Bitcoin-Reserve. Angesichts globaler Unsicherheiten ist sie ein Schutzschild gegen finanzielle Instabilitäten und ein Signal für Deutschlands Führungsanspruch in einer digitalen Welt.

MEINUNGSFREIHEIT UND DIGITALE SELBSTBESTIMMUNG

In Deutschland werden zunehmend Versuche unternommen, kritische Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Dies zeigt sich in der Schaffung unklarer Straftatbestände wie „Hasskriminalität“ oder der Einführung neuer Kategorien wie „Delegitimierung der demokratischen Institutionen“, „Islamophobie“ oder „Transphobie“. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, jede Kritik an Regierung, Institutionen oder bestimmten Auffassungen zu kriminalisieren und zu unterbinden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die Abschaffung solcher Straftatbestände, da bestehende Gesetze ausreichend sind, um tatsächliche Gefährdungen der staatlichen Ordnung oder der Rechte Dritter zu adressieren. Darüber hinaus sind Meldeportale, die durch öffentliche Mittel finanziert werden, und durch ihr Handeln die freie Meinungsäußerung unterdrücken, abzuschalten, und die mit Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossenen Änderungen an bestehenden Gesetzen, insbesondere des Strafgesetzbuchs, sind zu überarbeiten. Eingriffe in die Meinungsfreiheit dürfen ausschließlich auf Grundlage des Strafgesetzbuchs erfolgen. Insbesondere fordern wir die Abschaffung des „Majestätsbeleidigungsparagraphen“ § 188 StGB.

Die zunehmende Verbreitung von „Wokeness“ hat zu einer übermäßigen politischen Korrektheit geführt, die die Meinungsfreiheit einschränkt und offene Diskussionen verhindert. Anstatt Konsens zu fördern, spaltet sie die Gesellschaft und verstärkt Polarisierung. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird alle formellen und informellen Regeln und Praktiken beenden, die zur Verbreitung von „Wokeness“ beitragen. Ziel ist es, die tatsächliche Meinungsfreiheit zu stärken, offene und ehrliche Diskussionen zu ermöglichen und gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden.

Wir lehnen die ausufernde Sammlung personenbezogener Daten und deren Speicherung ab, da diese Sicherheitsrisiken bergen und die Privatsphäre gefährden. Daten wie die elektronische Patientenakte müssen durch dezentrale und sicherere Strukturen geschützt werden, um Missbrauch durch Politik, Nachrichtendienste oder andere Akteure zu verhindern. Niemand darf durch die Digitalisierung in eine „gläserne“ Person verwandelt oder kontrollierbar gemacht werden. Es muss aus freiheitlichen Gesichtspunkten stets dem Bürger, durch aktive Zustimmung, überlassen bleiben, ob er ggfs. die Sammlung seiner privaten Daten wünscht.

FREIE MEDIEN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine freie, ausgewogene und vielfältige Medienlandschaft. Zensur und die Einschränkung von Meinungsfreiheit durch staatliche Eingriffe lehnen wir scharf ab. Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk muss sich wieder auf seine Kernaufgaben – objektive Berichterstattung und ein ausgewogenes Angebot – beschränken.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert, den Medienstaatsvertrag in der bestehenden Form aufzukündigen und komplett zu reformieren.

Medien müssen objektiv und unabhängig berichten. Verflechtungen zwischen politischen Akteuren und Medienunternehmen sind offenzulegen, und kritische Themen sind ohne Rücksicht auf Abhängigkeiten zu behandeln. Journalisten als vierte Gewalt tragen eine hohe Verantwortung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Unabhängigkeit der Redaktionen darf nicht politischem Druck oder wirtschaftlichen Verflechtungen zum Opfer fallen.

Ferner fordern wir eine klare Kennzeichnungspflicht für Inhalte, die mit Künstlicher Intelligenz erstellt wurden, sowie eine unabhängige Überprüfung verwendeter Algorithmen, um Manipulation und Fehlinformation zu verhindern.

STÄRKUNG DER UNABHÄNGIGKEIT VON STAATSANWALTSCHAFT UND GERICHTEN

Staatsanwälte sind in Deutschland Teil der Exekutive und unterliegen somit Weisungen. Das bedeutet, dass sie Anweisungen von Vorgesetzten oder dem Justizminister erhalten können. Dies kann die Unabhängigkeit der Strafverfolgung beeinträchtigen (siehe Urteil des EUGH vom 27.05.2019). Gerichte sind in Deutschland grundsätzlich unabhängig. Die Besetzung von Richtern in Deutschland kann jedoch derzeit politisch beeinflusst werden, was potenziell die Unabhängigkeit der Justiz gefährden könnte. Genannt seien die Besetzung von Bundesrichtern durch den Bundeswahlausschuss und auf Landesebene unter Beteiligung der Justizministerien.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich dafür einsetzen, dass die Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaften und Richtern einer umfassenden Prüfung unterzogen und Maßnahmen getroffen werden, um deren Unabhängigkeit wieder stärker zu gewährleisten.

Die Einstellung und Ernennung von Richtern und Staatsanwälten hat nicht durch Parteipolitiker zu erfolgen, sondern allein aufgrund von Eignung, Leistung und Befähigung. Die Unabhängigkeit der Justiz ist durch eine Selbstverwaltung sicherzustellen. Dies könnte durch die Verstärkung des bestehenden Justizwahlausschusses sowie durch die Einführung eines Justizverwaltungsrates erfolgen, der aus ehemaligen Richtern und Staatsanwälten besteht. Insbesondere die Ernennung von Richtern der Verfassungsgerichte ist vor politischer Einflussnahme zu schützen.

Bürger sind vor staatlichen Übergriffen, staatlicher Bevormundung und unverhältnismäßiger staatlicher Kontrolle zu schützen. Eingriffe in Grundrechte dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen, wobei vor allem der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu gewahren ist.

TRANSPARENTER STAATSHAUSHALT

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die konsequente Einhaltung des Prinzips der doppelten Buchführung entsprechend § 7a HGrG. Dies garantiert eine transparente Darstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie einen klaren Plan für die Verwendung finanzieller Mittel. Eine solche Umstellung ermöglicht, die tatsächliche Staatsverschuldung korrekt zu erfassen und den Haushalt strukturiert zu gestalten.

Damit wird verhindert, dass eine Neuverschuldung über Sondervermögen oder Schattenhaushalte verschleiert wird. Transparenz und Nachvollziehbarkeit müssen künftig oberste Priorität haben, um eine solide und nachhaltige Finanzpolitik zu gewährleisten.

STAATSGOLD ZURÜCK NACH DEUTSCHLAND

Das deutsche Staatsgold ist vollständig nach Deutschland zurückzuholen. Gold ist eine der wenigen Währungssicherheiten und stellt einen wichtigen Teil des Staatsvermögens dar. Es ist daher sinnvoll, dieses auf deutschem Boden zu lagern, um nationale Souveränität und finanzielle Unabhängigkeit zu stärken. tatsächliche Staatsverschuldung korrekt zu erfassen und den Haushalt strukturiert zu gestalten.

TARGET 2 SALDEN – SCHULDEN DER EU-STAATEN EINTREIBEN

Der Target-2-Saldo, der die zwischen den Zentralbanken des Eurosystems bestehenden Verbindlichkeiten und Forderungen widerspiegelt, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Diese zunehmenden Salden sind ein Indikator für das Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz innerhalb der Eurozone, da Länder wie Deutschland hohe Forderungen gegenüber anderen Mitgliedstaaten aufgebaut haben. Im Falle von erheblichen Veränderungen im Euro oder in der Euro-Zone könnte dies zu einem Totalverlust für Deutschland führen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die Rückzahlung der Target-2-Guthaben. Bis zur Rückzahlung muss eine Verzinsung nach dem Leitzins der Europäischen Zentralbank erfolgen.

WELTGESUNDHEITS- ORGANISATION (WHO)

Die Aufgabe der WHO als nichtstaatliche und nicht durch demokratisch durchgeführte Wahlen legitimierte Organisation sollte sich darauf beschränken, weltweit Ergebnisse von Forschung und Wissenschaft zu sammeln, auszuwerten und bei Bedarf den nationalen Gesundheitsbehörden zur Verfügung zu stellen. Unsere nationale Souveränität darf nicht an eine nicht demokratisch legitimierte supranationale Organisation mit privaten Investoren aus dem Bereich der Pharmabranche und anderen abgetreten werden. Daher ist der Mitgliedsvertrag mit der WHO aufzukündigen

SELBSTBESTIMMUNGS- GESETZ

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert, das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ durch ein ausgewogenes und realitätsnahes Gesetz zu ersetzen, das die Rechte aller Bürger berücksichtigt. Dabei muss anerkannt werden, dass das biologische Geschlecht nicht einfach veränderbar oder beliebig wählbar ist. Es gibt nur zwei biologische Geschlechter, und diese Tatsache sollte die Grundlage der Gesetzgebung sein.

Jeder Mensch sollte die Freiheit haben, nach seinem Lebenskonzept zu leben, doch diese Vorstellungen dürfen nicht anderen aufgezwungen werden. Gleichzeitig erkennt BÜNDNIS DEUTSCHLAND die Bedürfnisse von Menschen an und stellt sicher, dass, wenn aus medizinischen Gründen eine Geschlechtsanpassung notwendig ist, diese Behandlung durchgeführt werden kann.

Das neue Gesetz sollte sich an den bewährten Grundlagen des Transsexuellengesetzes von 1980 orientieren und dabei die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Änderungen berücksichtigen. Zusätzlich müssen die Rechte der gesamten Bevölkerung im Fokus stehen, sodass eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreicht wird.

Mit diesem Ansatz schafft BÜNDNIS DEUTSCHLAND klare und faire Regelungen, die individuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Realität gleichermaßen berücksichtigen.

LIBERALES WAFFENRECHT

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für die Aufhebung der jüngsten Verschärfungen im Waffenrecht ein, die Sport- und Traditionsschützen, Jäger und Waffensammler einschränken und illegalen Waffenbesitz ohnehin nicht verhindern. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss im Waffenrecht gewahrt werden. Sicherheit für alle Bürger lässt sich nicht durch ideologisch motivierte Regelungen erreichen. Verschärfungen des Waffenrechts, die nicht die Realität berücksichtigen, sondern eine Scheinsicherheit bieten, lehnen wir ab. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert ein modernes und liberales Waffenrecht!

ZUKUNFT WIRTSCHAFT

**Ein neues Wirtschaftswunder
ist möglich.**

BD



Die Voraussetzung für ein neues Wirtschaftswunder liegt in einer Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Diese Prinzipien umfassen Subsidiarität, Solidarität, Selbstverantwortung, Leistungsorientierung, freien Markt und Wettbewerb sowie Marktkonformität. Subsidiarität bedeutet, dass Verantwortung dort wahrgenommen wird, wo sie entsteht, während Solidarität auf gesellschaftlichem Zusammenhalt basiert, ohne staatliche Bevormundung. Selbstverantwortung stellt sicher, dass Individuen und Unternehmen die Konsequenzen ihres Handelns tragen, während Leistungsorientierung Innovation und Erfolg fördert. Markt und Wettbewerb treiben Effizienz und Fortschritt voran, und Marktkonformität verlangt, dass staatliche Eingriffe die Marktmechanismen nicht verzerren.

Der Staat muss sich zurückziehen. Weniger Regulierung, weniger Bürokratie und mehr Raum für Innovationen und Eigeninitiative sind die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und eine dynamische Wirtschaft.

GENEHMIGUNGSFIKTION

Fehlende Genehmigungen in Deutschland behindern zahlreiche Aktivitäten. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird darauf hinwirken, Bundesaufgaben vom Genehmigungs- auf das Veto-Prinzip umzustellen. Neue Vorhaben werden den Behörden angezeigt, und die Behörde hat das Recht, eine genauere Prüfung zu verlangen. Softwaregestützte Systeme können den Behörden Hinweise auf besonders relevante oder verdächtige Projekte geben, um Korruption zu begrenzen und illegale Aktivitäten einzudämmen.

Ebenso werden wir für verbindliche Laufzeiten bei allen weiteren Anträgen sorgen. Wenn man dem Bürger fristgerechte Abgaben, z.B. von Steuererklärungen, abverlangt so muss dieses ebenfalls für den Staat selber gelten, der seinen Bürgern dies abverlangt.

VERBOTE SCHADEN DER WIRTSCHAFT - KEINE UMSATZVERBOTE

Verbrennerverbot, Abgasgrenzwerte, Einweggeschirr, Plastikstrohhalm – es gibt in Deutschland und der EU zahlreiche Vorgaben, welche Produkte verkauft werden dürfen und welche nicht. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird der Wirtschaft wieder Vorrang einräumen und alle Vorgaben abschaffen, welche einerseits kaum Einfluss auf den Umweltschutz haben, andererseits Umsätze verhindern und derzeit noch nicht durch Einsatz alternativer Produkte oder Technologien ersetzt werden können.

VERFALLSDATUM

Nur was taugt, bleibt. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird die Praxis einführen, dass Gesetze und Regulierungen ein Verfallsdatum haben. Sollte sich die regulatorische Vorgabe als gut und sinnvoll herausstellen, kann der Gesetzgeber diese verlängern oder modifizieren, bzw. entfallen diese.

SUBVENTIONEN

Subventionen sind zu reduzieren, und grundlegende Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Das Subventionsvolumen in Deutschland hat sich insbesondere aufgrund der Energiepolitik im Jahr 2023 mit über 200 Milliarden Euro mehr als verdreifacht, weil die Politik entgegen marktwirtschaftlichen Logiken operiert. Es fehlt an Berechenbarkeit, wie sich insbesondere bei der Förderung von Elektroautos und energetischem Bauen gezeigt hat. BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für einen langfristigen Abbau aller staatlichen Subventionen.

DIGITALISIERUNG: KONSEQUENTER AUSBAU DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR

Deutschland befindet sich in der Digitalisierung im internationalen Mittelfeld. Im Vergleich zu aufstrebenden wirtschaftlichen Wettbewerbern wie China und den USA ist Deutschland jedoch weit abgeschlagen. Die größten Herausforderungen liegen im Breitbandausbau, insbesondere im ländlichen Raum, dem Ausbau des Mobilfunknetzes, der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und dem Schutz kritischer Infrastruktur.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich dafür ein, dass Deutschland in der Digitalisierung wieder zur internationalen Spitze gehört. Als freiheitliche Partei sehen wir die Lösung nicht in Subventionen, sondern in der Reduzierung regulatorischer Beschränkungen, der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie durch öffentlich-private Partnerschaften oder konsequente Privatisierungen, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzutreiben.

Zur Stärkung der Wirtschaft gehört eine umfassende Digitalisierungsoffensive. Als Grundlage dafür ist die Neudefinition von rechtssicheren Kommunikationsmitteln. Des Weiteren zählen dazu das automatisierte Ausstellen von Lizenzen, die Verkürzung von Unternehmensgründungen, die Reduzierung von Wartezeiten bei Eigentumsumschreibungen, die Digitalisierung der Kommunikation mit Ämtern und die Definition einheitlicher Schnittstellen zum Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Systemen und Ämtern umfasst. Ziel ist eine Bundesverwaltung, die schnell, kostengünstig, effizient und unternehmensfreundlich agiert.

BAUWIRTSCHAFT SCHAFFT WOHNRAUM

Das Ziel der Ampel Regierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, wurde deutlich verfehlt. In Kombination mit der gestiegenen Zuwanderung hat sich der Wohnungsmangel in Deutschland drastisch verschärft. Ursächlich hierfür sind neben den gestiegenen Zinsen insbesondere die zahlreichen bürokratischen Vorschriften, die das Bauen verhindern oder deutlich verteuern.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird ein Sofortprogramm zur Belebung der Bauwirtschaft umsetzen. Dies umfasst eine deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, zum Beispiel durch eine entsprechende Digitalisierung, eine signifikante Entschlackung der Bauvorschriften auf Bundesebene, die Aufhebung von Mietpreisbremsen, eine Revision des Mietrechts, sowie die generelle Streichung der Grunderwerbsteuer.

NUTZUNG PRIVATER GELDER ZUM AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Deutschlands Infrastruktur bricht im wahrsten Sinne des Wortes zusammen. Dies gilt sowohl für die Schienen- als auch für die Straßeninfrastruktur. Gleichzeitig nutzen zahlreiche ausländische Autofahrer gerade in Ferienzeiten die deutschen Autobahnen, ohne einen Beitrag zur Infrastruktur zu leisten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wendet sich gegen zusätzliche Schulden zur Lösung dieser Herausforderung und tritt für eine Erneuerung unserer Infrastruktur gemeinsam mit privaten Kapitalgebern ein, z.B. durch eine Beteiligung am Betrieb der Deutschen Bahn. Diese Gelder könnten dann für die Erneuerung der Schieneninfrastruktur genutzt werden, die sowohl der Deutschen Bahn im Betrieb als auch privaten Wettbewerbern zugutekommt.

Für die Straßen bietet sich ein Mautmodell an. Im Einklang mit EU-Recht ist der deutsche

Autofahrer entsprechend im Bereich Kfz- bzw. Energiesteuer mit bestehenden Regeln zu entlasten. Solange die Privatisierung nicht erfolgt ist, werden wir dafür Sorge tragen, dass Straßenbaustellen zukünftig nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben werden, sondern auch nach schnellstmöglicher Umsetzung. Ein 24/7-Baustellenbetrieb muss Pflicht werden. Bauqualitätsmängel innerhalb einer Garantiezeit dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen.

LUFT: ABSCHAFFUNG DER LUFTVERKEHRSTEUER

Deutschland ist für Luftfahrtgesellschaften derzeit nicht attraktiv. Gründe sind insbesondere die hohen Kosten (Luftverkehrsteuer, hohe Start- und Landegebühen) sowie zahlreiche Regularien. Hierdurch wenden sich manche Luftfahrtgesellschaften ganz oder teilweise von Deutschland ab, und die Kosten für die Luftfahrt steigen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird die Luftverkehrsteuer abschaffen und dafür Sorge tragen, dass weitere staatliche Regularien auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Dadurch werden mittelfristig Kosten gesenkt, was langfristig zur Absenkung der Fluggebühren (Start- und Landegebühen, Passagierentgelte etc.) führen wird.

FORSCHUNG UND BILDUNG: INNOVATION FÜR DIE ZUKUNFT

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt auf eine starke Verbindung von Forschung und Bildung, um Deutschland technologisch und wissenschaftlich an der Weltspitze zu halten. Gleichzeitig muss deutlich mehr in Forschung und Bildung investiert werden. Ein zentrales Ziel ist die Entwicklung und fortlaufende Umsetzung von High-Tech- und Innovationsstrategien, die den wissenschaftlichen Fortschritt beschleunigen und gezielt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausrichten. Dafür werden Genehmigungsverfahren für Forschung und Innovation

entschlackt, bürokratische Hürden abgebaut und politische Eingriffe in die Forschungsförderung begrenzt. Gleichzeitig wird die Grundlagenforschung langfristig gefördert, um die Basis für zukünftige technologische Entwicklungen zu sichern.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND plant, Forschung und Bildung zu stärken, indem es High-Tech- und Innovationsstrategien entwickelt und rollierend umsetzt. Es sollen MINT-Fächer, Data Science sowie KI/Machine-Learning-Kompetenzen an Schulen und Hochschulen anwendungsorientiert gestärkt werden. Der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll ausgebaut und gestärkt werden, während Genehmigungsverfahren für Forschung und Innovation beschleunigt werden sollen. Die Grundlagenforschung wird zur langfristigen Sicherung wissenschaftlichen Fortschritts gefördert, und Zukunftstechnologien wie KI, Quantencomputing und Kernfusion werden zielgenau gefördert und sicher implementiert.

Zusätzlich wird die Talentförderung in Bezug auf innovative Technologien ermöglicht, und es werden regionale Technologie-Cluster für spezifische, zukunftsorientierte Anwendungen geschaffen, wie zum Beispiel Wasserstofftechnologie. Wissenschafts-Startups und unternehmerische Exzellenz werden unterstützt, und das europäische Navigationssystem Galileo wird ausgebaut. Die Biotechnologie wird als Schlüsseltechnologie für nachhaltige Entwicklung gefördert, und ethische Standards sowie Datensouveränität in KI und anderen intelligenten Technologien werden beachtet.

MEHRARBEIT MUSS SICH LOHNEN

Es ist unbestritten und zwingend erforderlich, dass sich Leistung und Arbeit (wieder) lohnen muss. Mitarbeiter, die bereit sind, Mehrarbeit zu leisten, sind entsprechend zu entlohnen. Dabei geht es auch darum die Bereitschaft von Mitarbeitern, über den Renteneintritt hinaus zu arbeiten über positive Anreize zu erhöhen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird Mehrarbeit durch Überstunden und Arbeit über den Renteneintritt hinaus steuer- und sozialversicherungsfrei stellen. Dadurch entsteht eine Win-Win-Win-Situation: Die Unternehmen haben mehr Mitarbeiter, die Mitarbeiter erhalten mehr Netto, und der Staat hat höhere Steuereinnahmen. Gleichlaufend wird der Inlandsumsatz angekurbelt.

ABSCHAFFUNG DES MINDESTLOHNS

Die Mindestlohnregelungen stellen einen gravierenden Eingriff in die Vertragsfreiheit dar, und deren negative Auswirkungen wie Arbeitsplatzabbau, steigende Preise und höhere Steuerbelastungen treffen in ihrer Auswirkung vor allem die sozial Schwächsten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die komplette Aufhebung der Mindestlohnregelungen als ersten notwendigen, aber nicht hinreichenden Schritt, um wieder Schaffenskraft, Erfindergeist und Fleiß der Bundesbürger zu entfesseln. Der Staat muss sich im Rahmen der Tarifautonomie aus der Lohnfestsetzung heraushalten.

DIREKTER DRAHT FÜR WIRTSCHAFT UND BÜRGER

Der Wirtschaft und den Bürgern fehlt der Draht zur Politik. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird eine digitale und bürgerzentrierte Plattform einführen, die es Unternehmen und Einzelpersonen ermöglicht, direkt mit den zuständigen politischen Stellen zu kommunizieren. Diese Plattform soll auf allen Verwaltungsebenen (kommunal, Landes- und Bundesebene) etabliert werden und Beschwerden sowie Verbesserungsvorschläge effizient weiterleiten. Anstelle einer Hotline wird ein modernes, nutzerfreundliches Online-System eingerichtet, das eine transparente Nachverfolgung und Bearbeitung der Anliegen sicherstellt.

ARBEITSRECHT

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich für ein wettbewerbsfähiges Arbeitsrecht einsetzen. Dies beinhaltet insbesondere eine beschäftigungsfreundliche Ausgestaltung des Kündigungsschutzes, umfangreiche und unbürokratische Möglichkeiten für Zeit- und Leiharbeit, Werkverträge, eine Ausweitung der Kleinbetriebsklausel, den Vorrang von Vertragsfreiheit

und Tarifautonomie sowie die Aufhebung des Günstigkeitsprinzips bei Tarifverträgen, damit individuelle und flexible Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene möglich werden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich dafür ein, die Regulatorik bei Arbeitszeiten zu reduzieren, insbesondere solche, die auch von Arbeitnehmern kritisch gesehen werden. Zur Freiheit eines jeden Bürger gehört auch, selbst zu entscheiden, wie er seine Zeit nutzen möchte. Dies sollte ihm auch im Arbeitsalltag ermöglicht werden.

FACHKRÄFTEZUWANDERUNG

Die gezielte Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland ist für Deutschland ein essenzieller Baustein, um den zunehmenden Arbeitskräftemangel zu bekämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie die Versorgung in zentralen Bereichen wie Gesundheit und Pflege sicherzustellen. Um dies effektiv zu steuern, fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND ein modernes Einwanderungsgesetz, das klare und transparente Kriterien für die Aufnahme qualifizierter Zuwanderer festlegt.

Ausländische Fachkräfte, aus EU- und Nicht-EU-Staaten, sollen gezielt dann angeworben werden, wenn ein nachweislicher Bedarf in systemrelevanten Branchen besteht und offene Stellen im Inland nicht besetzt werden können. Die Zuwanderung soll gezielt auf qualifizierte Arbeitskräfte ausgerichtet sein, die durch ihre Fähigkeiten einen direkten Beitrag zur deutschen Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Für bereits in Deutschland tätige Fachkräfte fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND ein bevorzugtes Bleiberecht. Dieses soll insbesondere jenen gewährt werden, die durch ihren Einsatz im Arbeitsmarkt, durch den Erwerb von Sprachkenntnissen und die Einhaltung der deutschen Gesetze erfolgreich integriert sind. Langfristige Perspektiven und ein sicherer Aufenthalt fördern die Motivation und die Bindung dieser Fachkräfte an den Standort Deutschland.

Um die Migration qualifizierter Arbeitskräfte effektiv zu steuern, setzt sich BÜNDNIS DEUTSCHLAND für die Einführung eines Punktesystems nach dem Vorbild Kanadas oder Australiens ein. Gleichzeitig werden digitale Prozesse implementiert, um Visa-Anträge und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich zu beschleunigen. Durch eine zentrale,

digitale Plattform sollen Bewerber ihre Dokumente einreichen und den Fortschritt ihrer Anträge transparent nachverfolgen können. Die Plattform wird mit allen relevanten Stellen vernetzt, um Bearbeitungszeiten zu minimieren. Dieses System bewertet potenzielle Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern nach objektiven Kriterien wie Qualifikationen, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen sowie ihrem Integrationspotenzial. Es soll sicherstellen, dass bevorzugt jene Fachkräfte nach Deutschland kommen, die die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration und eine langfristige Beschäftigung mitbringen.

Gleichzeitig sind bürokratische Hürden abzubauen, um qualifizierten Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dazu gehört die Beschleunigung von Visa- und Aufenthaltsverfahren sowie die zügige Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse. Die Einreise und der Aufenthalt sind an den Nachweis eines gültigen Arbeitsvertrags oder einer qualifizierten Beschäftigung zu knüpfen, um sicherzustellen, dass die Migration zielgerichtet erfolgt und die Integration in den Arbeitsmarkt reibungslos gelingt.

Für die langfristige Bindung ausländischer Fachkräfte fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND, dass erfolgreiche Zuwanderer, die über mehrere Jahre hinweg in Deutschland gearbeitet haben, keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen und sich gesellschaftlich integriert haben, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dies schafft Anreize für qualifizierte Migranten und trägt dazu bei, den Fachkräftemangel nachhaltig zu lindern.

Mit diesen Maßnahmen strebt BÜNDNIS DEUTSCHLAND eine gezielte, pragmatische und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientierte Fachkräftemigration an, die nicht nur den aktuellen Herausforderungen gerecht wird, sondern auch die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft legt.

Entsprechendes soll auch gelten, wenn Ausbildungsplätze in Deutschland nicht besetzt werden können. Durch die gezielte Ausbildung von Migranten können mehrere Aufgaben gelöst werden: Es werden Ausbildungsplätze besetzt, die sonst leer bleiben würden, es werden Fachkräfte ausgebildet, welche im Anschluss entweder helfen, den Fachkräftemangel im Inland zu beheben oder als effektive Entwicklungshilfe zurück in ihre Heimat gehen.

REDUZIERUNG DER UNTERNEHMENSSTEUERN

Die Unternehmenssteuern in Deutschland liegen bei rund 30 % und somit im oberen Drittel der G20-Staaten. BÜNDNIS DEUTSCHLAND plant, Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer als Teil einer einheitlichen Unternehmenssteuer zu integrieren und die künftige Unternehmenssteuer auf 20 % zu senken.

Die Berechnung und Erhebung der Gewerbesteuer ist komplex und bürokratisch, was sowohl für Unternehmen als auch für die öffentliche Verwaltung aufwändig ist. Die entgangenen Einnahmen bei den Kommunen werden durch ein Hebesatzrecht auf diese Unternehmenssteuer kompensiert. Diese Maßnahme soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich verbessern, Unternehmenszuzüge und Neugründungen fördern und den Standort wieder attraktiv für Investoren und Unternehmen aus aller Welt werden lassen.

SOLIDARITÄTSZUSCHLAG KOMPLETT STREICHEN

Der Solidaritätszuschlag ist vollständig zu streichen. Ursprünglich wurde der Solidaritätszuschlag in Ost und West eingeführt, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren. Nach über 30 Jahren sollte dieser Zweck als erfüllt betrachtet werden. Der Soli hat seine ursprüngliche Legitimation verloren, da die finanziellen Belastungen der Wiedervereinigung weitgehend abgeschlossen sind. Eine Fortführung dieser Steuer würde lediglich die Bürger zusätzlich belasten, ohne einen klaren Zweck zu erfüllen. Es ist an der Zeit, den Solidaritätszuschlag für alle abzuschaffen.

VEREINFACHTE PRÜFUNG DER UNTERNEHMEN

Unternehmen in Deutschland sind Gegenstand vielfältiger Prüfungen, insbesondere im Bereich der Besteuerung und der Sozialversicherung. Diese ziehen sich teilweise über Monate und führen auch zu Doppelprüfungen der gleichen Sachverhalte durch unterschiedliche Prüfer. Ferner sind die Bewertungskriterien oft nicht transparent und eindeutig und führen zu unterschiedlichen Auslegungen bei unterschiedlichen Prüfern. Das aktuell angewandte Vorgehen verursacht sehr hohe Kosten bei Unternehmen und Behörden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich für die Vereinheitlichung der Prüfungskriterien sowie für deren Offenlegung einsetzen. Des Weiteren sollen informationsgestützte IT-Systeme eingeführt werden, die eine Prüfung vereinfachen und somit Ressourcen für Tiefenprüfungen freisetzen. Damit wird eine Verlässlichkeit für die Unternehmen geschaffen und Kosten auf beiden Seiten gesenkt. In einem zweiten Schritt kann geprüft werden, wie effizient die aktuell angewandten Prüfungsmethoden sind und Verbesserungen (z. B. Prüfungstiefe reduzieren und nur wesentliche Bereiche betrachten) durchsetzen.

EINKOMMENSTEUER SENKEN UND BÜRGER ENTLASTEN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert, die Abgabenlast auf Arbeitseinkommen unter 35 % zu senken. Hohe Abgaben sind ein entscheidender Faktor, der sowohl die Abwanderung von Fachkräften aus Deutschland als auch die geringe Zuwanderung von ausländischen Fachkräften begünstigt.

Die Einführung eines dauerhaften „Tarifs auf Rädern“, der die kalte Progression der Einkommenssteuer verhindert, sowie die deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags auf mindestens 18.000 Euro sind zentrale Maßnahmen. Darüber hinaus soll die Steuerprogression so angepasst werden, dass insbesondere die Mittelschicht entlastet wird.

UMSATZSTEUER/ MEHRWERTSTEUER AUF 16%

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine umfassende Reform der Umsatzsteuer mit dem Ziel, das Steuersystem zu vereinfachen und die Kaufkraft der Bürger nachhaltig zu stärken. Erstens soll ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 16 % eingeführt werden. Diese Maßnahme dient der Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuersystems. Ein klarer und einheitlicher Steuersatz steigert die administrative Effizienz, erleichtert Unternehmen die Abwicklung und bietet Bürgern eine bessere Planbarkeit sowie mehr Transparenz.

Zweitens schlagen wir einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 3 % für Grundnahrungsmittel und Babynahrung vor, um der Preissteigerung bei Lebensmitteln entgegenzuwirken. Diese Senkung soll insbesondere einkommensschwächeren Haushalten zugutekommen.

STEUERN STREICHEN - BÜROKRATIE ENTLASTEN

Wir fordern die Abschaffung aller Konsum- und Aufwandssteuern, deren Erhebungsaufwand höher ist als der erzielte Ertrag. Ziel dieser Maßnahme ist es, das Steuerrecht effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und den administrativen Aufwand für Steuerzahler und -behörden zu verringern.

Ebenso fordern wir die Abschaffung von Erziehungssteuern, die darauf angelegt sind, das Verhalten der Konsumenten und Unternehmen zu beeinflussen. Der Staat ist nicht unser Vormund.

DER GROSSE SCHRITT – ABSCHAFFUNG ALLER DIREKTEN STEUERN

Mittel- und langfristig muss das System der direkten Steuern grundsätzlich reformiert werden. Ein Steuersystem eignet sich nicht zur Herstellung vermeintlicher sozialer Gerechtigkeit durch Progression und Umverteilung.

Das System ist ungerecht und leistungsfeindlich und hindert das Land daran, sein wahres Potenzial zu erreichen. Gleichzeitig weist Deutschland einen Wust von 35 verschiedenen Steuerarten auf. Neben den leistungsfeindlichen direkten Steuern sind diese industrie-feindlich (z.B. Energiesteuer), gängelnd (z.B. Tabaksteuer) oder haben mehrere negative Auswirkungen zugleich. Andere Steuern sind einfach unnütz, da deren Verwaltung mehr Geld kostet als die Einnahmen aus der Steuer selbst (z.B. Jagd- und Fischereisteuer).

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird das gesamte System der direkten Steuern auf den Prüfstand stellen: Dazu gehören die Lohn- und Einkommenssteuer, die Körperschaftssteuer und die Kapitalertragssteuer. Das Ziel muss sein, diese direkten Steuern sowie die Vielzahl an anderen Steuern komplett abzuschaffen und durch eine einzige, indirekte, einfach zu verwaltende Steuer zu ersetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, reduzieren wir die Staatsausgaben massiv. Der Staat ist zu aufgebläht und unbeweglich geworden. Sonderbeauftragte im Rang eines Staatsministers, z.B. im Bereich der Kultur und Medien, verfügen über einen Stamm von über 400 Mitarbeitern und ein Jahresbudget von über 2 Mrd. Euro. Ministerien können geschlossen oder zusammengelegt werden, sämtliche Positionen von Sonderbeauftragten sind gänzlich zu streichen, dazu Stellen, die durch Altersabgang frei werden, sind nicht nachzubersetzen. Gleichzeitig wird durch den Wegfall der direkten Steuern eine enorme wirtschaftliche Dynamik freigesetzt. Die Menschen werden durch das zusätzlich verfügbare Einkommen mehr konsumieren, was wiederum der indirekten Konsumsteuer zugutekommt.

BEZAHLBARE ENERGIE

**Für Wohlstand und
Wettbewerbsfähigkeit unserer Demokratie.**

BD



Als rohstoffarmes Land spielt die Diversifizierung der Lieferanten, der Energieträger und der Energieerzeugung eine zentrale Rolle für die Versorgungssicherheit. Die deutsche Energiepolitik der letzten Jahrzehnte kostete mehr als 750 Milliarden Euro und resultierte in den höchsten Strompreisen weltweit – ohne nennenswerte CO₂-Einsparungen. Tatsächlich hat Deutschland an vielen Tagen im Jahr den Strom primär aus fossilen Energieträgern.

Energie ist der Schlüssel zum Erfolg einer Industrienation. Um den Wohlstand unseres Landes und die Zukunft seiner Bürger in Frieden und Freiheit zu sichern, muss Energie jederzeit zuverlässig und zu international wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein. Stattdessen belasten die hohen Systemkosten der rein ideologisch motivierten Energiewende Unternehmen, Bürger und den Staatshaushalt und gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gerade in den Industrien, die seine Kernkompetenzen darstellen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine ideologiefreie Energiepolitik. Die Energieerzeugung muss sich an den Kriterien Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Umweltschutz orientieren. Wir fordern einen freien und robusten Erzeugungsmix aus primären (Gas, Kohle, Wind, Wasser, Sonne) und sekundären Energieträgern (Wasserstoff, e-Fuels) sowie Energieerzeugung durch Kernenergie / Kernfusion und ein an ökonomischen Prinzipien ausgerichtetes Marktmodell.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich dafür einsetzen, dass die Belastungen durch das EEG schrittweise gesenkt werden. Zunächst mit einer Senkung der EEG-Umlage mit dem Ziel der Abschaffung der EEG-Umlage bis 2033.

KRITISCHE BETRACHTUNG GRÜNER ENERGIEERZEUGUNG

Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Fokus

Bereits heute führt der massive Ausbau stark schwankender Erzeugungsleistungen und die Einspeisung durch Millionen Kleinsterzeuger zu regelmäßigen und massiven Eingriffen in die Netzsteuerung. Die Verlagerung der Lastflüsse aus dem Übertragungsnetz in die Verteilnetze erfordert massive Investitionen, deren langfristige Finanzierung in weiten Teilen ungeklärt ist. Am Ende werden diese Investitionen von den Verbrauchern und Steuerzahlern getragen.

Einseitige Investitionen in Solar- und Windenergie sowie Biomasse tragen nicht zum Umweltschutz bei. Der hohe Flächenverbrauch von Windenergie- und Solaranlagen sowie deren Zuwegungen versiegelt und zerschneidet Landschaften und Wälder. Biomasse-Monokulturen gefährden die Artenvielfalt und stehen in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion.

Solar- und Windenergie sind aufgrund der täglichen und jahreszeitlichen Schwankungen der Stromerzeugung unzuverlässig. Diese fluktuierende Stromerzeugung erfordert zusätzlich regelbare Grundlastkapazitäten, beispielsweise in Form von Gaskraftwerken. Diese doppelte Infrastruktur ist teuer und führt in Deutschland zu den weltweit höchsten Stromkosten und in der Folge auch zur Abwanderung von Unternehmen sowie zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung, nicht nur in energieintensiven Industrien.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert ein Ausbaumoratorium für Windenergie- und Solaranlagen, bis die aktuellen wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen im Sinne der Bürger und der Industrie gelöst sind. Neuanlagen sind nur zu genehmigen, wenn ihre Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit belastbar nachgewiesen werden können.

EIN NEUANFANG IN DER KERNTECHNIK

Zahlreiche Industrienationen und internationale Umweltorganisationen setzen weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie. Wir fordern einen Neuanfang und eine Perspektive zum Wiedereinstieg in die Kerntechnik im Verbund mit unseren europäischen Nachbarn und internationalen Wirtschaftspartnern. Hierzu müssen bedeutende Forschungsmittel für alle Wissensgebiete im Umfeld der Kernenergie bereitgestellt werden. In den vergangenen Jahren wurden viele Forschungsprojekte beendet und Kompetenzen vernachlässigt oder vertrieben.

Der derzeit stattfindende Rückbau der Kernenergie-Infrastruktur ist sofort zu stoppen.

ENTLASTUNG SCHAFFT FREIHEIT

Im Jahr 2024 belastet das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Steuerzahler mit über 20 Milliarden Euro aufgrund der garantierten Einspeisevergütung. Diese Belastung wird weiter zunehmen. Nach Jahrzehnten staatlicher Förderung ist es an der Zeit, dass sich die erneuerbaren Energien ohne Subventionen am Markt behaupten. Wir fordern die Abschaffung von Subventionen für Windenergie- und Solarstrom.

Die hohen Stromkosten in Deutschland führen auch dazu, dass Strom aus dem europäischen Ausland zu überhöhten Preisen importiert wird. Dadurch wird der Strom auch bei unseren Nachbarn verteuert. Entscheiden sich diese Nachbarn zum Schutz ihrer eigenen Versorgungssicherheit, die Stromexporte nach Deutschland einzuschränken, ist unsere Versorgungssicherheit gefährdet, und die Strompreise steigen ins Unermessliche weiter. Ein funktionierendes europäisches Verbundsystem erfordert, dass jeder Teilnehmer in der Lage ist, seine eigene Grundversorgung zu sichern.

FÜR EINEN FAIREN UND FREIEN WETTBEWERB IM ENERGIEMARKT

Energiewende, Wärmewende und Mobilitätswende sind ideologisch motivierte Projekte. Durch eine Diskursverengung werden technisch ausgereifte und sinnvolle Erzeugungstechnologien verhindert. Grundsätzlich begrüßen wir eine Modernisierung der Heizungstechnik und der Wärmedämmung. Eine einseitige Fokussierung auf strombetriebene Wärmepumpentechnologie und Zwangssanierungen ist fehlgeleitet.

Für die umfassende Elektrifizierung des Verkehrs- und Heizungssektors sind weder die notwendigen Grundlastkapazitäten noch die erforderlichen Übertragungs- und Verteilnetze vorhanden. BÜNDNIS DEUTSCHLAND plädiert für den umfassenden Abbau von Subventionen und die daraus resultierenden Marktverzerrungen, um ein freies Marktumfeld und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Steuern, Umlagen und Abgaben zur Verbrauchssteuerung, wie beispielsweise die ständig steigende CO₂-Abgabe, lehnen wir ab.

HEIMISCHE RESSOURCEN SICHERN

Die Potenziale der Nutzung von Wasserstoff als Energiespeicher und Energieträger sind grundsätzlich im industriellen Maßstab erkennbar. Eine flächendeckende Nutzung und Speicherung von Wasserstoff zur Wärmeerzeugung, zur Verstromung oder im Individualverkehr ist teuer und ineffizient.

Zur Sicherung unserer Energieunabhängigkeit müssen heimische Energieträger erhalten bleiben und ausgebaut werden. Deutschland verfügt neben Kohle auch über bedeutende eigene Erdgasvorkommen, die umweltfreundlicher und günstiger als importiertes Gas bereitgestellt werden können. Die bestehende Gasverteilnetz-Infrastruktur darf auf keinen Fall abgebaut werden.

HERAUSFORDERUNGEN UND GRENZEN INTELLIGENTER VERBRAUCHSSTEUERUNG

Eine intelligente Verbrauchssteuerung (Smart-Meter/Smart-Grid) kann in einem begrenzten Maßstab einen Beitrag zur Ressourcenschonung und Netzstabilisierung leisten. In einem nationalen Maßstab scheitert dies jedoch absehbar an einem Mangel an Grundlastkapazitäten und Energiespeichern. Intelligente Verbrauchssteuerungen unterstützen in einem angebotsorientierten Strommarkt die Integration volatiler Erzeugungsleistungen. In einem nachfrageorientierten Strommarkt wird ein Smart-Grid lediglich den Mangel verwalten und die Marktteilnehmer gegeneinander ausspielen.

ABLEHNUNG DES “GREEN DEAL” DER EU

BÜNDNIS DEUTSCHLAND lehnt die sogenannte Klimaneutralität des europäischen Kontinents bis 2050 im Rahmen des „Green Deal“ der Europäischen Union ab. Dazu gehören das Gebäudeenergiegesetz, Lieferkettengesetz, das Verbrennerverbot, der CO₂-Zertifikatehandel und weitere ideologische Vorgaben. Wir fordern die ersatzlose Streichung dieser Regulierungen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND erkennt klimatische Veränderungen als Herausforderung an, konzentriert sich jedoch auf Anpassungsstrategien und die Resilienz Deutschlands gegenüber dessen Auswirkungen. Statt auf utopische Klimaziele setzen wir auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Infrastruktur und der Wirtschaft. Dazu zählen Hochwasserschutz, Dürremanagement, Energieunabhängigkeit und innovative Umwelttechnologien. Diese Maßnahmen sollen pragmatisch und effizient sein, ohne auf unbewiesene Einflussnahmen auf das globale Klima zu setzen.

ERHALT UND SCHUTZ UNSERER UMWELT UND HEIMAT

Der Erhalt der Natur, unserer Umwelt und der Artenvielfalt ist ein zutiefst konservatives Anliegen. Dazu zählen alle Maßnahmen zum Schutz und Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen (Luft, Wasser, Boden) der belebten (Flora, Fauna) und unbelebten Umwelt (Landschaftsschutz). Die deutsche und europäische Umweltgesetzgebung erfüllt diesen Anspruch in weiten Teilen. Zusätzliche politisch motivierte Verbote und Initiativen lehnen wir ab.

Der Wald ist aus unserer Landschaft nicht wegzudenken und erfüllt vielfältige Funktionen. Als Lebensraum für viele einheimische Tier- und Pflanzenarten, CO₂-Speicher, Holzlieferant und nicht zuletzt als Erholungsgebiet kommt seinem Schutz und seiner Gesunderhaltung ein hoher Stellenwert zu.

Der Artenschutz hat für uns einen hohen Stellenwert. Ein falsch verstandener Naturschutz zeigt sich im Umgang mit dem Wolf und bei Fraßschäden durch Wildgänse und Kormorane. Hier ist eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Artenschutzliste notwendig. Auch unsere Heimat mit ihren historischen Gebäuden und Parkanlagen muss erhalten bleiben.

TECHNISCHE INNOVATIONEN FÜR UMWELTSCHUTZ UND RESSOURCENSCHONUNG

Zahlreiche Rohstoffe sind nur endlich vorhanden. Nachwachsende Rohstoffe sind begrenzt. Zu Verbrauchsgütern umgewandelte Rohstoffe landen im Müll und belasten die Umwelt. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Rohstoffen und Energieträgern ist unverzichtbar. Die Lösung besteht nicht in politisch motivierten Verboten, sondern in der Förderung technischer Innovationen zur Verminderung und Vermeidung von Umweltbelastungen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND unterstützt und fördert technische Verfahren und Ingenieurwissenschaften zum Schutz der Umwelt und zur Regeneration beschädigter Ökosysteme, beispielsweise durch die Vermeidung von Umweltschadstoffen, Emissionsminderung und Abgasreinigung sowie durch Ressourcenschonung durch Recycling, Prozessoptimierung und die Substitution von Rohstoffen und Verbrauchsgütern. weiten Teilen. Zusätzliche politisch motivierte Verbote und Initiativen lehnen wir ab.

FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

Die deutsche Landwirtschaft bildet das Fundament für Ernährungssicherheit, Preisstabilität und eine verlässliche Versorgung der Bevölkerung. BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich dafür ein, dass landwirtschaftliche Betriebe auch in Zukunft effizient, umweltschonend und innovativ produzieren können.

Landwirte leisten nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zur hochwertigen und stabilen Nahrungsmittelversorgung, sondern schützen auch Umwelt und Kulturlandschaft und sichern die Lebensqualität in ländlichen Räumen. Letztlich liegt es im Interesse der gesamten Gesellschaft, diese Betriebe zu stärken, um Preissprünge durch Verknappung zu vermeiden und die Bevölkerung zuverlässig mit sicheren, regionalen Lebensmitteln zu versorgen.

Die Unterstützung der Landwirtschaft ist daher nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird die Rahmenbedingungen schaffen, damit die deutsche Landwirtschaft zukunftsfähig bleibt und ihre bedeutende Rolle für das Gemeinwohl weiterhin erfüllen kann.

ILLEGALE MIGRATION STOPPEN

**Grenzen sichern, Sicherheit stärken,
Zukunft schützen.**

BD



Seit den Wirtschaftswunderjahren ist Deutschland ein Einwanderungsland. In dieser Zeit hat sich die Zuwanderung von arbeitswilligen Gastarbeitern hin zu einer Migration in die Sozialsysteme gewandelt. Insbesondere durch die unkontrollierte Zuwanderung seit 2015 hat sich diese Situation dramatisch verschärft. Die Sozialsysteme ächzen unter der zusätzlichen Belastung, Kindergärten und Schulen kämpfen mit Sprach-, Bildungs- und kulturellen Herausforderungen, die Wohnraumknappheit verschärft sich zusätzlich und die Sicherheitslage hat sich insbesondere in Großstädten massiv verschlechtert.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht fest zu dem verfassungsmäßigen Recht auf Asyl, wendet sich jedoch strikt gegen eine ausschließliche Zuwanderung in die Sozialsysteme. Die Regeln der Dublin-Übereinkommen sind wieder anzuwenden.

TRENNUNG VON ASYL UND ZUWANDERUNG

BÜNDNIS DEUTSCHLAND erkennt an, dass Asyl- und Flüchtlingsmigration sowie die Zuwanderung von Fachkräften unterschiedliche Anliegen und Anforderungen mit sich bringen. Deshalb sollte bei der Gestaltung der Asylpolitik der Fokus auf den Schutzbedürftigen liegen, während die Fachkräftemigration ein zusätzliches, gezieltes Instrument zur Deckung von Arbeitsmarktbedürfnissen darstellen sollte.

NEUGESTALTUNG DES ASYLRECHTS

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine Neugestaltung des Asylrechts. Dabei soll vor allem die Möglichkeit zur Rückweisung von Asylbewerbern an der Grenze genutzt werden, wenn diese aus sicheren Drittstaaten einreisen. Deutschland grenzt an mehrere sichere Staaten, sodass eine Asylantragstellung hier grundsätzlich nicht gerechtfertigt ist.

Personen, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben, sind im Rahmen eines Verteilmechanismus gemäß den Dublin-Übereinkommen dorthin zurückzuführen. Straftäter, die Asyl beantragen oder während des Verfahrens Straftaten begehen, sollen ihren Asylstatus verlieren und konsequent abgeschoben werden. Bei erstmaliger Begehung von Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl oder geringfügiger Sachbeschädigung soll dieser Entzug jedoch nicht erfolgen, es sei denn es handelt sich um Wiederholungstaten.

RÜCKKEHRPFLICHT

Wenn der Asyl- oder Fluchtgrund entfällt – beispielsweise, wenn der Konflikt im Herkunftsland endet oder eine Rückkehr zum sicheren Lebensumfeld möglich ist – sind Migranten grundsätzlich zur Ausreise verpflichtet. Dies gilt insbesondere für Personen, die eine befristete Aufenthaltsgenehmigung aufgrund von Asyl oder Flucht erhalten haben. Dabei wird

klargestellt, dass ein Klimanotstand kein Asylgrund sein kann. Eine Ausnahme kann nur gewährt werden, wenn der Migrant nachweislich wirtschaftlich und kulturell integriert ist, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, sich an die deutschen Werte und Gesetze hält und die deutsche Sprache erlernt hat.

In diesem Zusammenhang fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND, dass insbesondere Kriegsflüchtlinge, deren Fluchtursache durch die Beendigung des Konflikts entfällt, grundsätzlich ausreisepflichtig sind. Einzelfallprüfungen sollten jedoch für diejenigen vorgenommen werden, die sich in Deutschland gut integriert haben und bereits aktiv am Arbeitsmarkt teilnehmen, sodass diesen eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt eingeräumt werden kann. Dabei kann die Unterstützung mit einer Bürgschaftslösung durch Arbeitgeber oder Ehepartner ein Ansatz sein.

Personen aus anderen EU-Staaten, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben, sind im Rahmen eines Verteilmechanismus gemäß den Dublin-Übereinkommen dorthin zurückzuführen. Straftäter, die Asyl beantragen oder während des Verfahrens Straftaten begehen, sollen ihren Asylstatus verlieren und konsequent abgeschoben werden. Bei erstmaliger Begehung von Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl oder geringfügiger Sachbeschädigung soll dieser Entzug jedoch nicht erfolgen.

STAATSANGEHÖRIGKEITS- RECHT – DEN DEUTSCHEN PASS NICHT VERSCHERBELN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine Überarbeitung des Staatsangehörigkeitsrechts, mit klarer Trennung zwischen Asyl und Einwanderung. Einbürgerungen dürfen nicht automatisch erfolgen und sollen an strenge Voraussetzungen geknüpft werden, die eine Eingliederung und Integration in Kultur und Arbeitsmarkt sicherstellen, zum Beispiel: eine Mindestaufenthaltsdauer von 10 Jahren, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 5 Jahren, keine Expressseinbürgerungen, gute deutsche Sprachkenntnisse, eine abgeschlossene Berufsausbildung oder erfolgreiche Selbstständigkeit, eigene Bestreitung des Lebensunterhalts und selbstverständlich keine Vorstrafen.

Die Einbürgerung von Personen, die illegal nach Deutschland eingereist sind oder die bei ihrer Einreise unzutreffende Angaben über ihre Herkunft oder Identität gemacht haben, sollte grundsätzlich ausgeschlossen sein. Doppelte Staatsbürgerschaft sollte nur in begründeten Ausnahmefällen möglich sein. Zudem ist eine gesetzliche Grundlage für den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft zu schaffen, insbesondere wenn diese unter Angabe falscher Daten oder Täuschungshandlung sowie durch Fehlhandlungen von Behörden erlangt wurde.

VERSTÄRKUNG UND VERLÄNGERUNG VON GRENZKONTROLLEN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die Verstärkung und Verlängerung von Grenzkontrollen. Soweit erforderlich sind die Regelungen des Schengener Durchführungsübereinkommens anzupassen.

Grenzkontrollen sind ein unverzichtbares Instrument, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern, die weder den wirtschaftlichen Bedürfnissen noch den Integrationskapazitäten Deutschlands entspricht. Diese Maßnahme wird als notwendig erachtet, um die illegale Migration zu stoppen und die Integration der bereits anwesenden Migranten zu fördern.

ASYL IM EINREISELAND UND UNTERBRINGUNG IN DRITTSTAATEN

Gemäß den Dublin-Übereinkommen und der neuen EU-Verordnung zur Asyl- und Migrationspolitik fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND, das Asylverfahren grundsätzlich im ersten sicheren Einreiseland durchzuführen. Dies schließt die Möglichkeit einer unkontrollierten Weiterreise in andere EU-Staaten aus. Eine effektive Umsetzung dieser Regelung erfordert

eine enge Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten und die Sicherstellung, dass keine unrechtmäßige Weiterreise erfolgt.

Zudem soll die Möglichkeit geprüft werden, Migranten in sicheren Drittstaaten unterzubringen. Diese Drittstaaten müssen jedoch die Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllen. Die Bedingungen für die Unterbringung müssen menschenwürdig und im Einklang mit den internationalen Normen gewährleistet sein.

UMSTELLUNG AUF SACHLEISTUNGEN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine sofortige Umstellung der bisherigen Praxis der Bargeldauszahlung an Migranten auf Sachleistungen wie Unterkunft, Nahrung, medizinische Versorgung und Kleidung. Bargeld ist schwer zu kontrollieren und kann zu Missbrauch und unerwünschten Anreizen führen, wie etwa der Finanzierung von Schleusern oder der Förderung von Migration ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes.

ABSCHIEBUNG STRAFFÄLLIGER ZUWANDERER

Deutschland hat einen erheblichen Fachkräftemangel in vielen Bereichen, und qualifizierte Zuwanderer spielen eine entscheidende Rolle bei der Schließung dieser Lücke. Um qualifizierte Fachkräfte effektiv in den Arbeitsmarkt zu integrieren, fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND die Abschaffung bürokratischer Hürden, die Zuwanderer daran hindern, schnell eine Arbeit aufzunehmen. Asylbewerber sollen ab dem ersten Tag ihrer Einreise Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für eine Arbeitspflicht für Migranten ein. Falls sie keine private Arbeitsstelle finden, sollen sie in gemeinnützigen Projekten oder öffentlichen Arbeitsmaßnahmen eingesetzt werden. Dies stärkt die Integration und leistet gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft. Durch die Umstellung auf Sachleistungen soll nicht nur der Missbrauch von Sozialleistungen eingedämmt werden, sondern auch der Anreiz zur Migration durch finanzielle Unterstützung verringert werden. Sachleistungen, wie sie etwa in Ungarn, Griechenland oder Spanien üblich sind, bieten eine bessere Kontrolle und Transparenz über die verausgabten Mittel.

ARBEITSRECHT UND -PFLICHT FÜR QUALIFIZIERTE MIGRANTEN

Deutschland hat einen erheblichen Fachkräftemangel in vielen Bereichen, und qualifizierte Zuwanderer spielen eine entscheidende Rolle bei der Schließung dieser Lücke. Um qualifizierte Fachkräfte effektiv in den Arbeitsmarkt zu integrieren, fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND die Abschaffung bürokratischer Hürden, die Zuwanderer daran hindern, schnell eine Arbeit aufzunehmen. Asylbewerber sollen ab dem ersten Tag ihrer Einreise Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für eine Arbeitspflicht für Migranten ein. Falls sie keine private Arbeitsstelle finden, sollen sie in gemeinnützigen Projekten oder öffentlichen Arbeitsmaßnahmen eingesetzt werden. Dies stärkt die Integration und leistet gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft.

ILLEGALE MIGRATION UND EU-GRENZSCHUTZ

Illegale Migration stellt eine der größten Herausforderungen für Europa dar. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher einen effektiven EU-Grenzschutz und die Verbesserung der

Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um die Außengrenzen besser zu kontrollieren. Die Rolle von Frontex soll weiter gestärkt werden, um die Kontrolle über die Außengrenzen der EU zu verbessern und illegale Einreisen effizient zu verhindern.

RÜCKFÜHRUNGS- VERPFLICHTUNG AN ENTWICKLUNGSHILFE KOPPELN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich dafür ein, dass Entwicklungshilfe, Visa-Vergabe oder Schuldenerlass mit Rückführungsverpflichtungen gekoppelt wird. Länder, die illegale Migration nach Europa ermöglichen, sollen verpflichtet werden, ihre Staatsbürger, die keinen Anspruch auf Asyl haben, zurückzunehmen. Andernfalls sollen die zugesagten Entwicklungshilfemaßnahmen gekürzt oder gestrichen werden.

LASTENTEILUNG UNTER EU-MITGLIEDSTAATEN

Die Lasten, die durch völkerrechtlich anerkannte Asylberechtigte oder Kriegsflüchtlinge entstehen, müssen gerecht unter allen EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Es ist notwendig, dass jeder Staat Verantwortung übernimmt und keine Anreize zur Migration setzt, die andere Mitgliedstaaten überlasten. Ein fairer Lastenausgleich soll den Zusammenhalt der EU stärken und die Belastungen für einzelne Länder gerecht verteilen. Dies bezieht sich sowohl auf die Anzahl der Personen als auch die Aufwendungen. Deutschland soll so lange keine Migranten mehr aufnehmen, solange die anderen EU-Mitgliedsstaaten ihren rechnerischen Mindestdlüssel erreicht haben. Gleichzeitig muss eine EU-einheitliche Regelungen für Asylbewerberleistungen geschaffen werden.

SOZIALES, KULTUR UND FAMILIE

Leistung und Werte.

BD



Familien, die unsere umgebende Kultur und die sozialen Interaktionen prägen, sind die Säulen, auf denen unsere Gesellschaft steht. Durch das Erstarken neosozialistischer Ideologien in den letzten Jahren wurden diese drei Säulen systematisch geschwächt. Der Staat versucht, unser Denken, unsere Werte und sogar die Struktur unserer Familien zu kontrollieren. Die Folge ist: Ein Zerfall der Werte, steigende Armut und eine tiefe kulturelle Krise.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND sagt: Es ist Zeit, diese Einmischung zu beenden. Es ist an der Zeit, die Familien, die Kultur und die sozialen Strukturen in die Hände der Individuen zurückzugeben. Nur eine freie Gesellschaft, die auf der Kraft des Einzelnen basiert, kann die wahre Stärke und Würde unserer Nation wiederherstellen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Fesseln des Staates abzuwerfen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Freiheit, Respekt und echter Solidarität beruht.

AUFARBEITUNG CORONA-MASSNAHMEN

Die Corona-Maßnahmen haben nicht nur die Gesundheit vieler Menschen beeinträchtigt und manchen sogar das Leben gekostet, sie gingen einher mit massiven Grundrechts-einschränkungen. Dies alles führte zu überzogenen staatlichen Maßnahmen, die einer umfassenden Aufarbeitung bedürfen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine vollständige Amnestie für alle Opfer der Corona-Maßnahmen und die Rücknahme aller Strafen und Gerichtsurteile gegen Maßnahmenkritiker.

Die gesamte Impfkampagne bedarf einer besonders kritischen Untersuchung und Aufarbeitung. Geschädigte der Corona-Impfungen, also sowohl Menschen, die durch diese nachweislich körperlichen Schädigungen davongetragen haben als auch Menschen, welche sich der Impfpflicht verweigerten und deswegen aus ihren Berufen gedrängt wurden, sind zu entschädigen bzw. zu rehabilitieren. Langzeitfolgen der Corona-Impfungen sind ausreichend und ergebnisoffen zu erforschen.

Wir fordern, dass denjenigen, die in den öffentlichen Verwaltungen zur Durchsetzung der Maßnahmen mit falschen Informationen gezwungen wurden, Amnestie zu gewähren ist. Demgegenüber sollen diejenigen, welche sich willentlich und billigend an der Durchsetzung oder gar Verschärfung von Maßnahmen beteiligt haben, vollumfänglich juristisch zur Verantwortung gezogen werden.

Die konsequente Aufarbeitung aller Corona-Maßnahmen soll eine Wiederholung solcher Zustände ausschließen. Wir fordern die Einrichtung von Kontrollinstanzen, die im Falle einer neuen pandemischen Situation eine permanente Evaluierung eingeleiteter Maßnahmen vornehmen. Diese Gremien sind mit Fachleuten zu besetzen, die frei von jeglicher politisch motivierten Einflussnahme agieren können.

Eine allgemeine Impfpflicht lehnen wir ab.

ROBERT KOCH-INSTITUT (RKI) UND PAUL-EHRlich-INSTITUT (PEI)

RKI und PEI müssen aus dem Bereich des BMG ausgegliedert werden und ausschließlich wissenschaftlich fundiert arbeiten. Eine Weisungsbefugnis von politischer Seite darf es nicht geben. Diese sind künftig verpflichtet, Einflussnahmen von amtlicher oder politischer Seite auf einer dafür einzurichtenden Transparenzseite öffentlich zu dokumentieren. Dadurch werden sowohl die Bürger als auch die Verantwortlichen in den Institutionen vor unzulässiger Einflussnahme geschützt. Es müssen Regularien gefunden werden, welche die Arbeit dieser Institute unabhängig von der Finanzierung durch staatliche Institutionen gewährleisten.

UMFASSENDE RENTENREFORM

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für eine Stärkung und nachhaltige Sicherung der Deutschen Rentenversicherung ein. Nur durch kluge, umfassende Reformen kann die Leistungsfähigkeit der Deutschen Rentenversicherung gewährleistet und die Altersvorsorge langfristig gesichert und generationengerecht gestaltet werden.

RENTEN - TRANSPARENTE FINANZIERUNG UND STABILISIERUNG

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine umfassende und lückenlose Dokumentation der versicherungsfremden Leistungen und ihrer finanziellen Bedarfe. Auf Grundlage dieser Analyse soll entschieden werden, ob diese Leistungen weiterhin von der Rentenversicherung erbracht werden sollen.

EINFÜHRUNG EINER GRUNDRENTE

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird das Rentensystem in Richtung einer Grundversorgung umbauen, ähnlich dem System in Dänemark. Die Grundrente dient der sozialen Grundsicherung im Alter und soll auf jeden Fall höher liegen als die Leistungen für Bürgergeldempfänger.

GESUNDHEIT DER PATIENTEN IM VORDERGRUND: WOHNORTNAHE VERSORGUNG

Jeder Bürger hat das Recht auf qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Wir fordern den Erhalt und die Reaktivierung von Krankenhäusern im ländlichen Raum sowie die gezielte Förderung von Landarztpraxen, um medizinische Versorgungswüsten zu verhindern. Gleichzeitig müssen Fehlanreize vermieden werden, die Partikularinteressen über die medizinische Versorgung stellen.

Die Budgetierung der Ärzte ist aufzuheben, damit die Leistung auch für die Ärzte lohnend bleibt. Privatisierungen im Bereich der stationären Versorgung, der medizinischen Versorgungszentren und insbesondere der Pflegeeinrichtungen sind kritisch zu überprüfen. Von privaten Investoren getragene Einrichtungen sollten eingeschränkt werden und sind kritisch zu überprüfen, insbesondere sehen wir ein unreglementiertes Gewinnstreben in den Bereichen Gesundheit und Pflege kritisch. Stattdessen setzen wir auf die Förderung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ), um eine patientenorientierte und nachhaltige Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Weiterhin fordern wir eine sichere Arzneimittelversorgung und die Abschaffung des Gesundheitsfonds. Langfristig werden wir ein tragfähiges, liberales Gesundheitssystem im Kontext einer Sozialen Marktwirtschaft erarbeiten, das die Interessen von Patienten, Ärzten und Heilberufen in Einklang bringt.

Dazu soll eine Grundversorgung mit der Herstellung der wichtigsten Medikamente im Land sichergestellt sein.

ÄRZTENOTSTAND UND PFLEGE

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert akzeptable Arbeitsbedingungen, leistungsgerechte Vergütung und die Entlastung von unnötigem bürokratischem Aufwand sowie die Abschaffung der Budgetierung zur Verbesserung der Behandlung von Patienten.

Einer der Hauptgründe für die Überlastung der Facharztpraxen ist die stetig wachsende Vergeudung wertvoller Behandlungszeit durch unnötige und unsinnige Bürokratie, Auflagen und Dokumentationen.

Wir befürworten die Förderung der häuslichen Pflege so lange wie möglich, der wohnortnahen und Tagespflege zur Entlastung der Angehörigen sowie eine Verbesserung und Würdigung des Berufsbildes „Pflege“.

Gleichzeitig muss eine adäquate Ausbildung mit entsprechenden Nachweisen für ausländische medizinische Fachkräfte sichergestellt sein.

KOSTENERSTATTUNG UND MEHRKOSTEN FÜR MEDIKAMENTE

Unser Sachleistungssystem bietet einen Katalog von Behandlungsleistungen an, die zur Grundversorgung der Bevölkerung unerlässlich sind. Entscheidet sich der Patient für eine höherwertige Leistung, muss gewährleistet werden, dass der Patient lediglich die Mehrkosten zu tragen hat.

ARZNEIMITTELVERSORGUNG

Rabattverträge sind Vereinbarungen, bei denen Arzneimittelhersteller den Krankenkassen Rabatte auf ihre Medikamente gewähren. Dies führt dazu, dass bevorzugt die günstigsten Medikamente, meist Generika, eingesetzt werden. Diese Verträge bewirken, dass Patienten häufig auf Medikamente mit unterschiedlichen Rezepturen umgestellt werden, was Unverträglichkeiten verursachen kann. Daher sollten Rabattverträge abgeschafft werden, um eine individuellere Behandlung zu ermöglichen und die Medikamentensicherheit zu erhöhen. Zudem sollte die Förderung heimischer Pharmaunternehmen vorangetrieben werden, um eine unabhängige Versorgung sicherzustellen und nicht von internationalen Konflikten abhängig zu sein.

Dem Bürger sollte die Freiheit eingeräumt werden in der Apotheke selber zu entscheiden ob er durch Zuzahlung das Medikament eines bestimmten Herstellers bevorzugt.

WÜRDEVOLLES, SELBSTBESTIMMTES ABLEBEN BEI SCHMERZVOLLER, UNHEILBARER KRANKHEIT

Die Politik hat unverzüglich die Weichen zu stellen für ein würdevolles und selbstbestimmtes Ableben unter fachkundiger Hilfe. Tradierte, emotionsbestimmte Ideologien greifen heute nicht mehr und verursachen nur unsägliches physisches und psychisches Leid bei Betroffenen. Es ist die freiheitliche Entscheidung eines jedes Menschen zu respektieren, wenn er bei schmerzvoller und unheilbarer Krankheit aus dem Leben scheiden möchte.

SPRACHE

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich nachdrücklich für die Pflege und Förderung der deutschen Sprache ein. Deutsch ist und bleibt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Verkehrssprache. Gute Deutschkenntnisse bilden die Grundlage für ökonomischen und sozialen Erfolg im Leben. Dies gilt in besonderer Weise für die steigende Zahl von Migranten, deren erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft maßgeblich von der sicheren Beherrschung der deutschen Sprache abhängt. BÜNDNIS DEUTSCHLAND spricht sich deshalb für verpflichtende Sprachkurse für Migranten mit Bleibeperspektive aus. Eine Nichtteilnahme ist zu sanktionieren.

Ideologische Spracherziehung in Form von Gendersprache lehnen wir ab. Gendern ist kein natürlicher Sprachwandel, sondern ideologisch motivierte Sprachlenkung. Im schulischen Bereich muss dem Erwerb der Lese- und Schreibkompetenz die oberste Priorität eingeräumt werden. Grammatik und Orthographie müssen nach konsistenten Regeln vermittelt werden. Sonderzeichen wie Sternchen und Unterstriche haben inmitten von Wörtern nichts verloren.

Ebenso müssen Bundes- und Landesbehörden sowie der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk intern und extern nach dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung kommunizieren. Nur so können Rechtssicherheit und Eindeutigkeit in der öffentlichen Verwaltung und der Rechtspflege gewährleistet werden.

FÖRDERUNG DES SPORTS

BÜNDNIS DEUTSCHLAND legt großen Wert auf eine leistungsorientierte Ausrichtung des Sports. Leistung muss wieder stärker gefördert und anerkannt werden. Dafür sind moderne und gut ausgestattete Sportstätten unerlässlich. Jede Schule sollte über eine eigene Turnhalle verfügen, und der Erhalt sowie der Neubau von Schwimmbädern müssen Priorität haben.

Zusätzlich brauchen Trainer als zentrale Akteure bessere Rahmenbedingungen. Hochwertige Ausbildungsangebote und faire Vergütung sind notwendig, um sportliche Qualität langfristig sicherzustellen. Zielgerichtete Investitionen in Infrastruktur und Personal bilden die Grundlage für einen starken Breiten- und Leistungssport.

Sportvereine sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Diese müssen von bürokratischen Auflagen entlastet und nicht Unternehmen gleichgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Auflagen wie die Ernennung eines Datenschutzbeauftragten, eines Betriebsarztes, Brandschutzbeauftragten etc. wieder rückgängig gemacht werden, sodass das Geld im Sport verbleibt.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die steuerliche Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen, um den Zugang zu sportlichen Aktivitäten für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.

KIRCHE & RELIGION

Im Einklang mit § 4 des Grundgesetzes, der den Staat verpflichtet, die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen beziehungsweise weltanschaulichen Bekenntnisses zu gewährleisten, nimmt BÜNDNIS DEUTSCHLAND eine dezidiert positive Haltung zur Religion ein. Kulturhistorisch betrachtet ist Deutschland bis in die Gegenwart hauptsächlich vom

Christentum geprägt. BÜNDNIS DEUTSCHLAND sieht sich in der Verantwortung, das reiche materielle und geistige Erbe des Christentums zu bewahren und für die Zukunft unseres Landes fruchtbar zu machen.

Wir setzen uns für den Erhalt der christlichen Feiertage, der Sonntagsruhe (§ 140 GG), des Religionsunterrichts (§ 7 Abs. 3 GG) sowie des Studienfaches Theologie im Fächerkanon der staatlichen Universitäten ein.

Ferner spricht sich BÜNDNIS DEUTSCHLAND dafür aus, dem bisher nicht eingelösten Verfassungsauftrag (§ 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV) nachzukommen und die Staatsleistungen an die Kirchen zeitnah abzulösen. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde festgelegt, dass die Staatsleistungen an die Kirchen, die infolge der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden waren, abgelöst werden sollten. Das Grundgesetz hat diese Verpflichtung 1949 übernommen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND spricht sich dafür aus, die entsprechenden Verhandlungen mit den Kirchen zeitnah abzuschließen. Die Umsetzung sollte mit Augenmaß erfolgen, jedoch mit der Maßgabe, die Staatsleistungen binnen 15 Jahren abzulösen. Dafür ist ein Plan zu erstellen und mit den beiden Kirchen (katholisch und evangelisch) abzustimmen.

VERHÄLTNIS ZU NICHT-CHRISTLICHEN RELIGIONEN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für gute Beziehungen der Politik zu den verfassten Kirchen in Deutschland ein. Grundsätzlich sieht BÜNDNIS DEUTSCHLAND auch die nicht-christlichen Religionen als Bereicherung an, da auch diese den Menschen nicht ausschließlich als materielles Objekt betrachten, sondern ihn als Ausdruck einer transzendenten Wirklichkeit (Gott) begreifen.

Wesentlich stärkeres Augenmerk ist darauf zu legen, dass alle in Deutschland praktizierenden Religionsgemeinschaften ihre Tätigkeit im Einklang mit unserer Verfassung und der Demokratie ausüben. Scharf zu bekämpfen sind mit den Mitteln des Rechtsstaates fundamentalistische, vor allem radikal-islamische Strömungen, die sich über andere Religionen erheben, diese verachten und/oder die Demokratie ablehnen.

FAMILIE & KINDER

Eine Familie besteht aus Vater, Mutter und Kindern. Frauen und Männer bringen jeweils geschlechtsspezifisch individuelle Aspekte in die Erziehung ein, die sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen. Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft, und gemäß Artikel 6 GG hat sich der Staat verpflichtet, diese aktiv zu schützen und zu fördern. Menschen sind Gemeinschaftswesen, für die die Familie einen festen Anker in den Stationen ihres Lebens bildet – von der Geburt über die Schulzeit, das Berufsleben und die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende.

Eine intakte Familie bietet Kindern Schutz und Geborgenheit; hier erfahren sie die Liebe ihrer Eltern. Kinder sichern den Fortbestand der Gesellschaft und sind Bindeglieder zwischen den Generationen.

Es gehört zur Freiheit dazu, dass sich auch andere Zusammenstellungen als „Familie“ definieren können. Dies ist zu respektieren.

KINDER- UND JUGENDSCHUTZ

Eine frühzeitige Prävention und Aufklärung im vorschulischen Bereich sind notwendig, um ein sicheres und gesundes Umfeld für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Wir fordern die Stärkung der Medienkompetenz im schulischen, ethischen und sozialen Bereich; dies umfasst Aufklärungsprogramme, Workshops und Fortbildungen für Lehrer, Eltern sowie für Kinder und Jugendliche durch geschultes Fachpersonal.

Ferner fordern wir die Intensivierung bzw. Aktualisierung der Jugendschutzgesetze sowie deren kontrollierte Anwendung; Gefahren durch Web-Bashing und sonstige Gefahren durch die Nutzung moderner Technologien müssen vermieden werden.

SCHWANGERSCHAFTS- ABBRUCH

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für den Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod. Das Leben ungeborener Menschen bedarf unseres besonderen Schutzes. Das menschliche Leben beginnt per Gesetz mit der Einnistung der befruchteten Eizelle in die Gebärmutter. Die geltende Rechtslage zur Abtreibung stellt einen schmerzhaften Kompromiss dar, der keinesfalls aufgeweicht werden darf. Wir setzen uns nicht nur für ein lebensbejahendes gesellschaftliches Klima ein, sondern auch für verstärkte Hilfsangebote für Mütter und Väter ungeborener Kinder.

SICHERHEITS- UND AUSSEN POLITIK

Grundlage unserer Freiheit.

BD



BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für den Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod. Das Leben ungeborener Menschen bedarf unseres besonderen Schutzes. Das menschliche Leben beginnt per Gesetz mit der Einnistung der befruchteten Eizelle in die Gebärmutter. Die geltende Rechtslage zur Abtreibung stellt einen schmerzhaften Kompromiss dar, der keinesfalls aufgeweicht werden darf.

Wir setzen uns nicht nur für ein lebensbejahendes gesellschaftliches Klima ein, sondern auch für verstärkte Hilfsangebote für Mütter und Väter ungeborener Kinder.

INNERE SICHERHEIT

Sicherheit ist nicht lediglich die Abwesenheit von Gewalt. Sicherheit bedeutet auch, sich nicht über jedes Wort, jeden Schritt und jede Handlung Gedanken machen zu müssen, weil man sich zu Hause fühlt. Um diese körperliche und emotionale Sicherheit steht es im Deutschland des Jahres 2025 nicht zum Besten.

Gewaltdelikte nehmen zu, oftmals verübt von Menschen, die erst kurze Zeit im Land sind und hier angeblich Schutz suchten. Gleichzeitig setzen sich die sich als „progressiv“ bezeichnenden Teile der Gesellschaft alles daran, unter dem Schlagwort einer angeblich notwendigen großen Transformation das Land unsicherer zu machen. Unsicherer durch illegal Eingewanderte auf den Straßen, unsicherer durch bewusst betriebene Deindustrialisierung und unsicherer durch die Verknappung von Energie, sodass der Bürger nicht mehr weiß, ob er morgen noch eine Arbeitsstelle hat oder wie er seine Wohnung heizen soll.

Der Föderalismus Deutschlands sieht die Zuständigkeit der inneren Sicherheit grundsätzlich bei den Ländern und nur in Teilbereichen, z. B. in Form von Sonderpolizeien, beim Bund vor. Bislang ist es keiner Bundesregierung gelungen, hieraus eine geeignete Form der Sicherheitsarchitektur zu formen, die den jeweiligen Bedürfnissen gerecht wurde.

Das subjektive Sicherheitsgefühl ist mannigfaltig. Sicherheit beginnt für den Menschen beim kleinsten Nenner: dem Licht. Seit Jahrzehnten beklagen sich vor allem ältere Menschen über unbeleuchtete Örtlichkeiten wie Parkanlagen, Unterführungen oder Gehwege – oft mit Stolpergefahren versehen, weil es den Kommunen wegen mangelnder finanzieller oder personeller Ausstattung nicht gelingt, diesen in geeigneter Weise zu begegnen. Der Staat versagt bereits auf kommunaler Ebene beim Dienst am Menschen.

Die grundsätzlich für die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zuständigen Landespolizeien sind schon lange nicht mehr personell und wirtschaftlich angemessen ausgestattet und ausgebildet – zudem sind sie schlecht bezahlt. Diese Feststellung spiegelt einen mangelnden Respekt gegenüber den eigenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch die zuständigen Landesministerien wider. Ein Werteverfall setzte ein, der inzwischen auch auf Ordnungsämter und Feuerwehren überschwappt.

Gerade die Ereignisse ab den Silvesterausschreitungen in Berlin von 2022 mit den unzähligen Angriffen auf Rettungskräfte zeigen deutlich, dass der Staat die eigenen Einsatzkräfte zu Freiwild verkommen lässt. Menschen, die für uns alle täglich ihr Leben und ihre Gesund-

heit riskieren – darunter viele ehrenamtliche Kräfte bei den Hilfsorganisationen und den Freiwilligen Feuerwehren.

Der unkontrollierte Migrationszustrom stellt für die innere Sicherheit eine große Gefahr dar. Ihm muss in geeigneter Weise begegnet werden. Inzwischen ist das freie Bewegen von Menschen an Örtlichkeiten, die vor allem christlich geprägt und ausgerichtet sind, nicht mehr gewährleistet. Die Anschläge auf Weihnachtsmärkte in Berlin und Magdeburg stehen für sich. Terrorismus wird in Deutschland – auch durch die Bildung mehrerer Koordinierungszentren – überwiegend verwaltet, aber nicht effektiv bekämpft. Das Zusammenwirken der verschiedenen Sicherheitsbehörden wirkt unkoordiniert und birgt Gefahren. Es gibt zu viele nebeneinander agierende Sicherheitsbehörden, darunter auch Nachrichtendienste ohne Ermittlungskompetenz.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird Gefahren für die innere Sicherheit benennen und abstellen. Nicht, indem wir friedlichen Bürgern das Taschenmesser im Rucksack verbieten, sondern indem wir eine nationale Sicherheitsstrategie entwickeln und den nachfolgenden Maßnahmenkatalog umsetzen:

1. Sofortige, auf zwei Jahre begrenzte Schaffung der rechtlichen Möglichkeit von verdachtsunabhängigen Kontrollen durch Polizeibeamte im gesamten Bundesgebiet;
2. Migranten, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, sind abzuschieben. Migranten, die ein Bleiberecht besitzen, sind abzuschieben, wenn sie eine in einem zu erstellenden Katalog erfasste schwere Straftaten begangen haben und hierfür rechtskräftig verurteilt wurden. Beschleunigte Verfahren sollen hierbei Anwendung finden;
3. Umsetzung der Pläne der Werthebach-Kommission zur Zusammenlegung von Bundespolizei und Bundeskriminalamt zur Bundespolizei (neu) und das Vorbereiten der Zusammenlegung aller vollzugspolizeilichen Bereiche des Bundes nach österreichischem Modell;
4. Refokussierung der Bundespolizei (neu) auf ihre ursprünglichen Kernaufgaben (auch der des bisherigen Bundeskriminalamtes). Verteilung der Bundesbereitschaftspolizeien, der Sicherungsgruppe und anderer Dienststellen auf die Länder;
5. Zusammenlegung der aktuell mehr als zehn verschiedenen Terrorabwehrzentren des Bundes;
6. Das Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten ist zu hinterfragen. Nachrichtendienste müssen effizienter und effektiver arbeiten können und benötigen Ermittlungskompetenzen;
7. In den Sicherheitsbehörden muss der »Wasserkopf« abgebaut werden sowie lähmende Bürokratie und das Silodenken. Polizeivollzugsbeamte gehören auf die Straße, nicht

- in Amtsstuben, in denen auch Verwaltungsbeamte oder -angestellte Aufgaben übernehmen können;
8. Die Landespolizeien sind von nicht originären Aufgaben zu befreien. So sind beispielsweise Einsätze den ruhenden Verkehr betreffend, Fahrzeugumsetzungen, Verkehrsunfallaufnahmen ohne Personenschaden, aber auch Sicherungsmaßnahmen von Schwertransporten oder das Eingreifen bei unzulässigem Lärm auf Ordnungsämter zu übertragen. Dadurch werden Polizeivollzugsbeamte für ihre eigentlichen Aufgaben frei;
 9. Der Polizeiberuf muss durch Anreize attraktiver gestaltet werden. Hierzu gehören vor allem Ballungsraumzulagen, aber auch Hilfsmaßnahmen bei der Wohnungssuche, eine ordentliche Bezahlung und eine bessere Ausstattung. Gleiches gilt für die Berufsfeuerwehren;
 10. Schaffung eines neuen Paragraphen im Strafgesetzbuch »Angriff gegen Rettungskräfte«, der als Verbrechenstatbestand einzuordnen ist;
 11. Ehrenamtliche, die sich im Rettungsdienst, beim Katastrophenschutz oder bei den Freiwilligen Feuerwehren engagieren, sind mit zusätzlichen Rentenpunkten zu honorieren.

AUSSENPOLITIK

Deutschland, als stabile Demokratie, große Wirtschaftsnation, EU-Mitgründerstaat sowie G7- und G20-Mitglied, trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz und die Stärkung der regelbasierten internationalen und europäischen Ordnung sowie für den freien Handel – die Grundlagen für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Deutschland, Europa und weltweit. Die Sicherung des Friedens muss immer die höchste Priorität für diplomatische Bemühungen haben.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND bekennt sich zu einer ideologiefreien Außenpolitik, die deutschen Interessen dient, basierend auf dem Grundgesetz, der UNO-Charta und der Europäischen Menschenrechtskonvention, eingebettet in die EU-Verträge, die NATO und die europäische Sicherheitsarchitektur. Unsere freiheitliche Lebensweise in Deutschland, unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind am besten garantiert, wenn es auch unseren europäischen Nachbarn, unseren befreundeten Staaten und Handelspartnern gut geht.

DIPLOMATIE JETZT

„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.“

Helmut Schmidt

Nach bald drei Jahren Krieg in der Ost-Ukraine, tausendfachem Tod und Leid und weitgehender Zerstörung der Infrastruktur muss dieser Krieg ein Ende finden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert den Vorrang der Diplomatie vor dem Krieg. Die Verteidigung der Ukraine folgt dem Artikel 51 der UN-Charta, und auch die bisherige Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland folgt dem Geist des Artikels.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich dafür einsetzen, dass alle notwendigen politischen, humanitären und, wenn nötig, finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine diplomatisch zu beenden. Diplomatie und Verhandlung auf Augenhöhe sind das Gebot der Stunde, um eine globale Katastrophe zu verhindern.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND bekennt sich zu diesen Verantwortungen und fordert nach Abschluss eines Waffenstillstandsvertrages die Aufnahme von Gesprächen, die allen Seiten, den westlichen Staaten in Europa, der Ukraine und anderen paktfreien Staaten Osteuropas, aber auch der Russischen Föderation Sicherheitsgarantien verspricht.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt daher für eine möglichst baldige Aufnahme von Verhandlungen der beiden Kriegsparteien ein, die über eine Waffenruhe, zu einem Waffenstillstand und schließlich in eine neue Friedensordnung im Osten Europas münden soll.

Ziel aller Anstrengungen muss sein, dass Gesamteuropa, zu dem auch die Russische Föderation gehört, zurückkehrt zu einer friedlichen Entwicklung des Handels, des politischen Austausches auf Augenhöhe und der Schaffung von Konsultationsmechanismen, die künftige Auseinandersetzungen verhindern hilft.

Sobald die militärischen Handlungen dauerhaft eingestellt sind, wird Deutschland seinen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten. Dieser Beitrag muss im Einklang mit unserer wirtschaftlichen Leistung sein und darf nicht aus Mitteln der Neuverschuldung finanziert werden.

VERTEIDIGUNG

Ihre Landesverteidigung müssen Deutschland und seine europäischen Partner zunehmend eigenständig gewährleisten, um europäische Interessen in der Welt glaubhaft vertreten zu können. Hierzu bedarf es einer massiven personellen, finanziellen und materiellen Aufstockung. Wir wollen europäischer werden und gleichzeitig transatlantisch bleiben.

Dafür muss Deutschland prüfen, welche Rolle es in einem modernen militärischen Geschehen einnehmen möchte und wie dies im Einklang mit den europäischen Bündnispartnern erfolgt. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird sich dafür einsetzen, dass, unter der Einhaltung strategischer Sicherheitsvorgaben, diese Rolle durch ein Gremium untersucht wird und entsprechende Vorschläge zur Stärkung unserer Wehrfähigkeit ausarbeitet.

Des Weiteren wird die aktuelle Struktur der Bundeswehr auf den Prüfstand gestellt und Vorschläge für kurzfristige Optimierungen erarbeitet. Deren Umsetzung wird dann, im Einklang mit unseren Interessen und mit den Interessen unserer europäischen Bündnispartner, eingeleitet.

ENTWICKLUNGSHILFE

Entwicklungshilfe soll so gestaltet werden, dass sie auch den klaren und konkreten Interessen Deutschlands dient. Wo das nicht möglich ist, muss sie eingestellt werden. Ein separates Entwicklungshilfeministerium ist dafür nicht erforderlich, es genügt eine Abteilung im Außenamt. Die Entwicklungshilfe muss langfristige, strategische Partnerschaften aufbauen, die auch Deutschland in Bereichen wie Rohstoffsicherung und Wirtschaftskooperationen Vorteile verschaffen. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ bleibt zentral, sollte jedoch nachhaltige, dauerhafte Veränderungen in den Partnerländern fördern. Hilfe sollte auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit basieren, die den Partnerländern ermöglicht, ihre Wirtschaft langfristig zu stabilisieren. Dabei ist es wichtig, dass die Hilfe pragmatisch und nicht ideologisch geprägt ist.

Alle Entwicklungshilfemaßnahmen müssen in diesem Sinne regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Programme, die keine positiven Ergebnisse liefern, sollten eingestellt werden.



BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Knesebeckstraße 62/63 | 10719 Berlin

kontakt@buendnis-deutschland.de

www.buendnis-deutschland.de



www.buendnis-deutschland.de

V. i. S. d. P.: Bündnis Deutschland, Knesebeckstraße 62/63, 17019 Berlin